

Bezugspreis:

Wöchentlich 30 Pf., monatlich 1,00, ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 4. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Denkt an die Kinder!

Der tiefste Sinn des sozialistischen Gedankens ist der, daß der wirtschaftliche Befreiungskampf die Grundlage und das Mittel ist zum kulturellen Befreiungskampf.

Das Recht auf Kultur soll nicht länger ein Privileg der Besitzenden sein, sondern ein Recht des Volkes.

Darum standen die Fragen der Volksbildung, der Erziehung, der Schule von jeher mit im Brennpunkt unserer Arbeit.

Darum hat die Sozialdemokratie für das Volksbildungswesen ebenso große Opfer gebracht wie für den politischen und wirtschaftlichen Kampf.

Die wirtschaftliche Befreiung war und ist freilich die Vorbedingung für die kulturelle: die Bedingungen, zu denen der Mensch seine Arbeitskraft im kapitalistischen Zeitalter verkauft, sind der Wertmesser seiner kulturellen Bedürfnisse.

Die Grundlage für eine wirkliche Kulturgemeinschaft innerhalb eines Volkes bildet eine einheitliche Schulbildung. Die wahre Einheitschule, die jeder Begabung die höchstmögliche Ausbildung ohne Rücksicht auf Besitzunterschiede gewährleistet, ist nur möglich in einer Klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft.

Darum können sich weder die Rechtsparteien noch die auf dem Boden des Kapitalismus stehenden Demokraten aus innerster Überzeugung für eine Einheitschule einsetzen.

In der Verfassung ist auf das Drängen der Sozialdemokraten der Grund für eine wirkliche Einheitschule gelegt. In einem einzigen Jahre ist für die Befreiung der Schule aus den Fesseln des Klassenstaates und der Kirche jezt — dank der Mitarbeit der Sozialdemokratie — mehr geschehen als in einem Menschenalter vorher unter der Herrschaft der Rechtsparteien und des Liberalismus.

Gewährleistet ist: der organische Aufbau des gesamten Schulwesens, eine einheitliche Grundschule, die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahre, die Gewährung von Erziehungsgeldern für begabte Kinder, die Oberaufsicht des Reiches über das gesamte Schulwesen,

wähle am 6. Juni sozialdemokratisch!

die Freiheit der Lehre und des Unterrichts, die Hochschulbildung aller Lehrer.

Beseitigt ist: die geistliche Schulaufsicht, der Zwang zum Religionsunterricht.

Beseitigt ist: in die alte Klassenschichtung der Bildung durch das Grundschulgesetz, das trotz des Widerstandes der reaktionären Parteien, trotz der Ablehnung durch die Deutschnationalen noch von der Nationalversammlung beschlossen ist.

Das alles hat die Sozialdemokratie erreicht trotz der Koalition. Es ist aber erst ein Anfang. Die Schule der Zukunft wird so aussehen wie der Reichstag, den es jezt zu wählen gilt. Der 6. Juni ist der

Schicksalstag der deutschen Schule.

Die Schulgesetze, die der kommende Reichstag zu erledigen hat, entscheiden darüber, ob die Entwicklung vorwärts oder rückwärts gehen soll, ob im äußeren und inneren Ausbau unseres Schulwesens die Lösung Fortschritt oder Stillstand oder Rückschritt heißen soll.

Von allen Parteien hat einzig und allein die Sozialdemokratie durch die Tat bewiesen, daß sie bereit ist, ihr Schul- und Kulturprogramm in die Wirklichkeit umzusetzen, wenn ihr ein entscheidender Einfluß auf die Gesetzgebung möglich ist. Die übrigen Parteien, Konservative, Liberale und Zentrum, haben es

bei schönen Worten bleiben lassen,

auch wenn sie die Macht in Händen hatten.

Von allen Parteien kann auch aus inneren Gründen einzig und allein die Sozialdemokratie für eine einheitliche und freie deutsche Schule kämpfen und arbeiten, weil sie jezt zugleich mit allen anderen Privilegien auch das Privileg auf Bildung beseitigen will.

Wer also seinen Kindern und dem heranwachsenden Geschlecht die Wege bahnen will zu einer schöneren und glücklicheren Zukunft,

wer mithelfen will, alle in der Tiefe schummernden Kräfte unseres Volkes zu entfalten,

wer mit uns das Vorrecht des Besitzes und der Geburt auf eine bessere Schulbildung beseitigen will,

wer allen Volksgenossen die Güter unserer Kultur erschließen will,

der sorge für einen entscheidenden Einfluß der Sozialdemokratie im neuen Reichstag und

Die Angestellten am 6. Juni.

Von Franz Krüger, R. d. R.

Bei der bevorstehenden Reichstagswahl spielen die Privatangestellten in Handel, Industrie usw. eine weit größere Rolle als bei früheren Wahlen. Das Wahlrecht der Frauen und die Festsetzung des Wahlberechtigungsalters auf 20 Jahre hat den Kreis der stimmberechtigten Angestellten bedeutend erweitert.

Die bürgerlichen Parteien waren es bei früheren Wahlen gewesen, daß die Angestellten mit vereinzelten Ausnahmen für sie stimmten und arbeiteten, und ein wesentlicher Teil der Angestellten bildete geradezu einen Stoßtrupp der reaktionärsten Parteien.

Auch jezt wieder betätigen sich wie schon früher die Harmonie-Angestelltenverbände als Zutreiber der bürgerlichen Parteien. Ganz besonders der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband übte eine umfangreiche politische Tätigkeit im Interesse der antisemitischen und konservativen Bestrebungen aus.

1912 gab der D. S. V. bei den Reichstagswahlen allgemein die Stichwahl-Parole gegen die Sozialdemokratie heraus und räumte sich mit deren Erfolg.

Dah selbst die Revolution nicht vermocht hat, den reaktionär-politischen Charakter dieser Organisation zu beseitigen, ergibt sich aus einem Artikel, den der Direktor des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Gustav Schneider, demokratisches Mitglied der Nationalversammlung, in einem Aufsatz in der „Hilfe“ über den „Gewerkschaftsbund der Angestellten“ veröffentlicht:

Der Gewerkschaftsbund, wohl der härteste Block in der Angestelltenbewegung, hat die große Aufgabe, Förderer und Träger freiheitlich-nationalen Geistes zu sein. Er ist das Bollwerk sowohl gegen den Ansturm sozialdemokratisch-bolschewistischer Gedanken, wie auch gegen die konservativ-reaktionären Elemente der Angestelltenbewegung.

Auch die allgemeine wirtschaftliche Tätigkeit dieser Verbände diene im Grunde nur dem Kampf gegen die Sozialdemokratie. Sie bemühten sich, den Angestellten klarzumachen, daß zwischen ihnen und den Arbeitgebern kein Interessengegensatz, sondern weitestgehende Harmonie bestünde. Infolgedessen wehrten sie sich gegen Streiks, Tarifverträge der Angestellten usw. Noch im Dezember 1917 schrieb der Vorsteher Reif des Leipziger Handlungsgehilfen-Verbandes in seinen „Verbandsblättern“:

Wir sind nicht Klasse und können nicht als Klasse wirken wie die Arbeiter. Unser Arbeitsvertrag ist wie unsere Arbeit individuell, Massenverträge wie Massenanstellungen und dementsprechende Lohnbemessung sind unkenntlich in unserem Verne. Wir werden bezahlt nach Fähigkeiten, Erfahrungen, Vertrauen, nach rein persönlichbestimmten Eigenschaften.

Jezt wurde von dem Direktor desselben Verbandes Schneider (Demokrat) im August 1917 auf einer Besprechung wegen Regelung der Stellenvermittlungsfraße assistiert.

Und daß diese Organisationen es direkt darauf anlegten, Streiks der Angestellten unmöglich zu machen, gab das Vorstandsmitglied A. Roth vom D. S. V. auf dessen 12. Handlungsgehilfenstag am 18. Juni 1911 in zünftiger Weise zu, indem er in einem Vortrag über gewerkschaftliche Kampfmittel u. a. erklärte:

Über auch selbst wenn die Hilfsarbeiter und die Frauen organisiert wären, hätte ich einen allgemeinen Streik der Handlungsgehilfen für ausgeschlossen, und unsere ganze berufsgenossenschaftliche Arbeit ist gerade darauf gerichtet, die ihm entgegenstehenden Schwierigkeiten nach zu beseitigen.

Infolgedessen war es kein Wunder, daß zwar im Jahre 1913 für die Arbeiter 13.446 Tarifverträge für 218.033 Betriebe mit 2.072.456 beschäftigten Personen bestanden, für Angestellte fast nicht ein einziger.

Nimmt man dazu die Rechtslosigkeit der Angestellten in ihren Anstellungsverträgen, die Konkurrenzkaufel usw., so erabt sich ein Bild völliger wirtschaftlicher Rechtlosigkeit. Bestand doch z. B. bei der Subertus-Gütte, Kattowitz, noch kurz vor dem Kriege die Bestimmung, daß der Angestellte die Erlaubnis zum Scheitern einholen müsse, und daß sie ihm verweigert wird,

Ungarn im Verkehrsboykott.

Ab 20. Juni.

Amsterdam, 3. Juni. (W.D.) Das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes hat im Einvernehmen mit dem Generalrat der internationalen Transportarbeiterföderation, der am 31. Mai und 1. Juni in Amsterdam zusammengetreten war, beschlossen, von Sonntag, den 20. Juni, an den vollständigen Boykott gegen Ungarn zu verhängen.

Wissenschaft oder Politik? Die Budapester Königlich-Kriegsgesellschaft hat 22 Mitglieder wegen ihres Verhaltens während der Proletarierherrschaft ausgeschlossen und zehn Mitglieder eine Rüge erteilt.

Lenin unter der Lupe.

Die englischen Sozialisten lassen sich nichts vormachen.

Welsington, 2. Juni. (Dena.) Hier sind Mitteilungen aus einwandfreier bolschewistischer Quelle durchgesickert, nach denen die Sowjetregierung ganz und gar nicht einverstanden ist mit den Untersuchungsverfahren der englischen Arbeiterabordnung, die es offenbar mit ihrer Aufgabe sehr ernst nimmt.

Bolschewismus kein Exportartikel.

Amsterdam, 2. Juni. Laut „Daily Mail“ hat Lenin den englischen Arbeiterparteiern zugegeben, daß die gesellschaftliche Umwälzung in England ihren eigenen Weg nehmen müsse, und daß die Forderung einer Anwendung der russischen Taktik auf andere Länder verfehlt sei.

wenn das Gehalt nicht 200 Mk. monatlich beträgt, wenn er eine Polka heiraten will, oder wenn das betr. junge Mädchen als Beamtenfrau nicht anerkannt wird!

Die bürgerlichen Parteien haben sich für die geleisteten Dienste wenig erkenntlich gezeigt. In der Frage der Sonntagruhe, des 7-Uhr-Abendesschlusses haben sie sich bis zum äußersten gegen alle Fortschritte gestäubt, und die Angestellten kennen zur Genüge gerade die rückständige Haltung des kommunal-freieinnens, wenn es galt, Disziplinar über diese Fragen herbeizuführen. Die gesetzliche Regelung der Berufsverhältnisse der Anwaltsangehörigen ist von den Rechtsanwältinnen bis auf den heutigen Tag verhindert. Und es war der freilinnige Abgeordnete Rudolph, der heute bei der Deutschen Volkspartei gelandet ist, der durch seine Rede gegen die sozialdemokratische Leitung der Krankenkassen die Rechtsanwältinnen der Krankenkassen-Angestellten in der Reichsversicherungsordnung herbeiführte, während der nationalliberale Abgeordnete Felix Marquardt vom Leipziger Handlungsgehilfen-Verband sich im Reichstag gegen die Einführung von Angestellten-Ausschüssen im Hilfsdienstgesetz wandte.

Nachdem die Revolution einen starken Wandel in den Anschauungen der Angestellten herbeigeführt hat, haben auch die Harmonie-Verbände sich dem scheinungslos angepasst. Sie nennen sich jetzt Gewerkschaft, treten für den Streik ein, schließen Tarifverträge ab usw. Ueberall kommt aber immer wieder ihr wahrer unternehmerischer Charakter zum Vorschein. Und auch bei diesen Wahlen bemühen sie sich, die Angestellten von der Sozialdemokratie fernzuhalten und sie den bürgerlichen Parteien zuzuführen.

Wollen die Angestellten richtig wählen, so müssen sie sich über ihre wirtschaftliche und soziale Lage völlig klar sein.

Wie ist die Entwicklung der letzten Zeit seitdem gegangen? In der Industrie ist von 1882 bis 1907 die Zahl der in Kleinbetrieben beschäftigten Personen um 2 Proz. gesunken, die Zahl der in Mittelbetrieben Beschäftigten um 150 Proz., und die Zahl der in Großbetrieben (über 50 Arbeitnehmer) beschäftigten Personen um 220 Proz. gestiegen. Im Handel, Verkehr und Gastwirtschaft ist die Zahl der in Klein-, Mittel- und Großbetrieben beschäftigten Personen um 100, 230 und 625 Proz. gestiegen. Die Vorkherrschaft des Großbetriebes nimmt also rasend zu. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen Personen in Industrie, Bergbau und Gewerbe stieg von 1882 bis 1907 um 76 Proz., während aber die Zahl der Selbständigen um 10 Proz. sank! Die Zahl der Arbeiter um 109 Proz., die Zahl der Angestellten sogar um 592 Proz. Im Handel, Verkehr und Gastwirtschaft stieg die Gesamtzahl der Erwerbstätigen um 121 Proz., während die Zahl der Selbständigen nur um 44 Proz., dagegen die Zahl der Arbeiter um 169 Proz., die der Angestellten um 267 Proz. anwuchs. Bis zum Jahre 1917 (während des Krieges) sank die Zahl der Selbständigen um 42 Proz., die der Arbeiter um 45 Proz., während die Zahl der Angestellten noch weiter um 75 Proz. anstieg.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß das übliche Argument vom Selbständigwerden nicht mehr ziehen kann. Der fortschreitende Uebergang zum Großbetriebe macht den Angestellten immer mehr zur bloßen Nummer in dem kapitalistischen Produktionsprozeß. Daraus ergibt sich aber auch, daß alle Verbesserungen der Lage der Angestellten in der kapitalistischen Gesellschaft nur Scheinerfolge sind, und daß den Angestellten wirklich nur durch die Verwirklichung des Sozialismus geholfen werden kann. Da dieses Ziel aber von allen bürgerlichen Parteien, besonders aber auch von den Demokraten bekämpft wird, können die Angestellten diesen ihre Stimme nicht geben, sondern für sie kommt allein die sozialdemokratische Partei in Betracht.

Dies wird noch unterstrichen durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien und besonders des demokratischen Angestelltenführers Gustav Schneider beim Betriebsrätegesetz. Herr Schneider war gegen das Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei Einstellungen, gegen die Vorlegung der Bilan-

an den Betriebsrat, gegen die Entsendung von Vertretern des Betriebsrates in den Aufsichtsrat, für die Heraushebung des Wahlberechtigungsalters usw. Herr Schneider wollte auch den Arbeitgebern eine Vertretung im Betriebsrat geben und verteidigte die Arbeitgeber warm gegen den Vorwurf, daß sie gegen die Betriebsräte seien.

Wenn nun die reaktionären Parteien gerade bei den Angehörigen mit der nationalen Idee Erfolg zu erzielen versuchen und alles Glend, unter dem wir heute leiden, auf die Revolution und die Sozialdemokratie zurückführen, so sei noch darauf hingewiesen, wer mit Schuld an der Verlängerung des Krieges ist, und wer durch die annexionsistische Idee während des Krieges der Entente erst den Vorwand für den Gewaltfrieden geliefert hat. Bei Kriegsausbruch schrieb die Zeitschrift des deutschnationalen Verbandes:

Das ist ein herrlicher Tag und wie freuen uns seiner. Das Schwert ist aus der Scheide und die Friedensschwärmer sind verkommen. Ein heulendes Grollen war es schon lange, und gar zu genutzreich lebte es sich in Deutschland.

Und im Frühjahr 1915 wurde der Regierung eine Eingabe überreicht, in der es unter anderem heißt:

Alle diese Anstrengungen und Opfer sind umsonst, wenn ein vorzeitiger Friede geschlossen wird, d. h. wenn der Frieden nicht nach jeder Seite hin eine tatsächliche Sicherung gegen weitere Angriffe gewährleistet und eine Vergrößerung und Stärkung unseres Vaterlandes mit sich bringt.

Diese Eingabe war unterzeichnet vom deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, dem 188er Verband, dem Leipziger Verband (Direktor Demokrat Schneider), dem Frankfurter Verband kaufmännischer Vereine. Diese nationalistischen Kriegsheiler haben also kein Recht, nun von neuem das Volk in die Verheerung hineinzutreiben.

Alle Lotzahlen beweisen, daß wahre Demokratie, die den Angestellten Freiheit und Gleichberechtigung sichert, nur von den Sozialdemokraten vertreten wird. Jeder Angestellte, der politisch und wirtschaftlich seinen und der ganzen Menschheit Aufstieg will, muß daher am 6. Juni für die Sozialdemokratische Partei stimmen.

Ergebnisse der Verfassungstreue.

Über bei den Generälen.

Am Donnerstag hatte der Reichswehrminister die sämtliche Generäle der Reichswehr in Berlin versammelt, um mit ihnen eine Aussprache über alle schwebenden Fragen der Reichswehr zu pflegen. Zu dieser Aussprache war auch der Reichspräsident über erschienen.

Minister Gehler hielt eine einleitende Ansprache, in der er die gegenwärtige Lage als eine Krise des Vertrauens bezeichnete, die die Reichswehr infolge des Kopp-Busses durchmachen müsse. Er betonte die schwierige Situation, in der sich die Offiziere durch den Schicksal befinden, da sie zum größten Teil in anderen Anschauungen erzogen seien und es gerade charaktervollen Männern schwer falle, sich ohne inneren Kampf in neue Zeiten zu finden. Es dürfe im Offizierskorps wie überhaupt in der Reichswehr keine Gefinnungsähnlichkeit geben. Wenn man aber Glaubensfreiheit für sich beanspruche, müsse man sie auch anderen zubilligen. Es geht nicht an, daß republikanisch gelaunte Offiziere von ihren Kameraden irgendwo zurückgesetzt werden. Es kann niemand ein öffentliches Amt bekleiden, der nicht bereit ist, unter allen Umständen seine dem Staate gegenüber übernommene Pflicht zu tun. Das müsse von jedem militärischen Führer besonders verlangt werden. Es sei notwendig, daß wieder zwischen Volk und Reichswehr ein Vertrauensverhältnis hergestellt werde. Gegenüber der wirtschaftlichen Unsicherheit der Offiziere betonte der Minister, daß diese Unsicherheit kaum ein Ende nehmen werde, bevor wir wissen, ob wir 200.000 Mann behalten werden. Darüber solle erst in Spa entschieden werden. Damit es zu dortigen Verhandlungen überhaupt komme, sei aber eine Houpbindungung die Erhaltung der inneren Ruhe und Ordnung in Deutschland. Der Minister berührte sodann die Frage, was nach den Wahlen

geschehen werde, wenn eine neue Regierung nicht gleich zustande komme. Er betonte dieser Frage gegenüber als Meinung des Reichspräsidenten, daß eine verfassungsmäßige Regierung auf jeden Fall gebildet werde. Außerdem habe nach der Verfassung der Reichspräsident die oberste Kommandogewalt über alle Truppen. Schon aus diesem Grunde könnten aus der Frage der Regierungsbildung keinerlei Schwierigkeiten für die Reichswehr entstehen. Wer sich allerdings gegen die Befehlsgewalt des Reichspräsidenten wendet, verstoße unter allen Umständen gegen die Verfassung.

Nach Gehler ergriff der Reichspräsident das Wort, um auch seinerseits auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage Deutschlands hinzuweisen und zu betonen, daß nur die zusammenfassende Arbeit aller Volkskräfte auf dem Boden der Verfassung und Befehle zu einer besseren Zukunft führen könne.

Als Vertreter der versammelten Generale richtete General v. Seeck an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der es u. a. heißt: Wir bedürfen zu unserer Arbeit des Vertrauens und des Verständnisses weiser Kreise des gesamten Volkes, als dessen Vertretung uns die Regierung und an ihrer Spitze Sie, Herr Präsident, gelten. Wenn wir um dieses Vertrauen bitten, so geben wir dafür als Pfand die Versicherung unserer entschlossenen Treue zu der beschworenen Verpflichtung auf Befehl und Verfassung.

Der Reichspräsident nahm hierauf noch einmal das Wort und betonte, eine unbedingt verfassungstreue, gut disziplinierte und von pflichtbewußten Offizieren geführte Truppe sei in Zeiten der Erhaltung und Entwicklung notwendig. Die Organisation dieses Heeres ist geschaffen; sie nun auch ganz zu erfüllen mit dem Geiste der Treue zur Verfassung und zum Volksgang, dem Gehälte der Verantwortung für das Vaterland und dessen Zukunft, ist eine Aufgabe, die in den Händen der Führer ruht. Er habe volles Verständnis für die heutige schwierige Lage des Offiziers. Mit dem Abzug des alten Heeres verschwindet sein Beruf, für den er seine Lebensarbeit eingesetzt hat. Und der kleine Teil der Offiziere, der im neuen Heere bleibt, kommt in der langen Uebergangszeit nicht aus wirtschaftlicher Unsicherheit heraus. Soweit es möglich, haben wir dem mit Fürsorgemaßnahmen entgegengekehrt. Die Erhaltung der Ruhe im Innern ist die erste Voraussetzung für die Wiederbelebung und Stärkung unserer Vaterlandes. Dieses Ziel, das uns allen gemeinsam sein muß, erreichen wir aber nur durch ruhige Entwicklung auf dem Boden der Verfassung und der Befehle; nur so können wir Vaterland und Volk vor Not und Vernichtung schützen.

Ansprache an die Sicherheitspolizei.

1918, Meier:

Der Reichspräsident flohete gestern nachmittags den Sicherheitspolizei einen Besuch ab. In der Alexander-Kaserne hatte eine Gruppe derselben Auffassung angenommen. Dazu waren sämtliche Beamte in Offiziersrang die Vertrauensleute der übrigen Gruppen und die Zivilkommissare versammelt. Nachdem der Reichspräsident die aufgestellten Mannschaften befragt und sich dabei anerkannt über die gute Haltung und Disziplin der Mannschaften ausgesprochen hatte, richtete er eine kurze Ansprache an die Versammelten. In ihr gedachte der Reichspräsident des Ernstes der Zeit und gab seiner Freude und seinem Dank für die vorzügliche Vertrauensleistung der Kommandeure der Sicherheitspolizei Ausdruck. Die Ansprache schloß mit einem Appell an die Verfassungstreue. Daraus sind eine Befestigung der Mannschaftswohnräume, sowie der gemeinnützigen Einrichtungen in der Kaserne folgt. Auch hier äußerte sich der Reichspräsident über den guten Eindruck, den er von der dort herrschenden Ordnung empfangen hatte.

Bertrag bis zur Ermittlung Lüttich wurde am Donnerstag ein Verleumdungsprozeß des ehemaligen Korps Lüttich gegen die „Freiheit“. Es handelt sich um Angriffe gegen eines von der „Fr.“ behaupteten Lüttich-Befehlshaber zu militärischer Verleumdung eines linksradikalen Massenstreiks. Lüttich ist Hauptzeuge.

Trommelschlag von rechts.

Es geht ein Wagemann im Reich herum,
Dikum, didum, didi, bum!
Der Westarp schlägt die Trumm.
Er will sein Heil versuchen
mit Schmeicheln und mit Fluchen,
Dikum, didum, didum!

Und hinter ihm im Schwarme trabt,
was sich an Krieg und Not gelobt.
Wer froh gehet zum Norden,
der ist mit einmal über Nacht
zum Englein fast geworden.

Es geht ein Wagemann im Reich herum,
Der Westarp schlägt die Trumm.
Herbei, herbei, zur Wahl heran!
O dich den Trost gehörig an,
Du wirst sie alle finden,
Die Volk und Land zünftig gemacht
mit Trüben und mit Schanden.

Es geht ein Wagemann im Reich herum,
Der Westarp schlägt die Trumm.
Wie süßht und knarrt die alte Haut,
Sie drummelt leid, sie ruft es laut:
„Das Recht muß und doch werden,
zu mäßen unsern breiten Bauch —
was wird sonst aus der Erden?“

Es geht ein Wagemann im Reich herum,
didum, didum, didi, bum!
Der Westarp schlägt die Trumm.
folgt ihm, dann wird auch besser,
der Schlächter schleift die Messer —
didum, didum, didum.

Schlacht!

selbst bei denkbar sparsamem Umgang mit Geist auszuführen. Aber sie hat auch etwas gegen sich: sie ist unnötig. Denn nicht wahr: das ist doch noch kein Wig, wenn ich unter ein ganzseitiges farbiges Bild schreibe (wie in der 17. „Phosphor“-Nummer geschieht): „Wenn das Land der gemeinsamen Not auch fest zusammenbindet, Bürger, so reißt die Kraft des Spartakus nicht aus, auch zu zerbrechen. Datum: Trebet er in den Vaterischen Ordnungsbund! Grundet Ordnungsbünde im ganzen deutschen Vaterland! Anmeldung: München, Pension Feldbühler.“ ... sondern das ist ein in den einseitigen Textteil eingetragenes, schöndes“ und als Bestandteil des Textes vorgegebenes ganzseitiges boscilliertes Inzerat, und wenn ich zum hunderttausendsten Male verpläre, daß Erzberger der größte Lump des Jahrhunderts ist und die Auhervierarmee eine verfluchte Horde verirrter Menschenhändler war, so sind auch das keine Witze, sondern Angelegenheiten dummer Jungen.

Der Wig darf froh, übertreibend, unerschämt sein. Aber er muß immer Wig bleiben. Er muß ironische Tendenz sein, ein in allfällige Form gegossener Inhalt. Illustrierte Weisheit gegen Ausland und Arbeiter ist nicht deshalb schon Wig, weil sie illustriert ist und als Wig ausgegeben wird.

So ist es also ein Zeugnis, daß der „Phosphor“ ein Wigblatt ist. Er ist ein Sammelurium reaktionärer Gemeinheiten, eine Binzelgalerie von Antihilfswissenschaften. Man schmunzelt nicht Gada noch seiner Verläre, sondern brüdt während der Lesüre mit dem Leben ab und bemüht die durch Gähnen bewirkte Rundstellung zum Inbrünstigen Schrei nach der Feuerwehr.
Hans Bauer.

Amerikanische Einlein-Ehrung. Die Columbia-Universität zu New York hat Professor Einstein die Große Goldene Medaille verliehen.

Das Atom. Die Materie besteht aus unzähligen unzerlegbaren Teilchen, die so klein sind, daß man sie auf keine Weise sehen kann. So lernt man in der Schule, und diese Anschauung geht bis auf den Griechischen Demokrit zurück. Die Theorie ist eine der ältesten in der Geschichte der Naturwissenschaften, und nur wenige große Geister — darunter Goethe und Kant — zählten zu ihrem Gegnern. Bei dieser Vorstellung galten die Atome als unzerlegbar und maßig, bei den einzelnen Elementen verschieden nach Größe und Gewicht. Während Demokrit alle Atome als gleichartig ansah, wurde in späteren Jahrhunderten diese Anschauung fallen gelassen und die Atome der bisher bekannten 87 Elemente mit je besonderen Eigenschaften ausgestattet. Es ist nun außerordentlich interessant zu beobachten, daß die heutige Forschung auf dem besten Wege ist, zu den Anschauungen eines Demokrit zurückzuführen. Die Forschungen von Rutherford, Bohr, Dehne haben diese Umwandlung herbeigeführt, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Aus der Feder bedeutender Gelehrter bringt die „Mensch“ (Frankfurt a. M.) eine Reihe leicht faßlicher Aufsätze über den ganzen Komplex dieser Anschauungen, nach denen ein Atom aus einem Kern besteht, der von einer Elektronenwolke umkreist wird, ähnlich wie die Sonne von den Planeten. Der Kern, dessen Größe sich zu den Elektronen etwa wie ein Tennisball zu einem Ozondampfverhältnis verhält, läßt sich nun wahrscheinlich auf ein einziges Uratom zurückführen. Dis-

her erschien in der „Mensch“ ein Aufsatz von Prof. Regener über die Zerlegung des Stickstoffs und soden ein Artikel von Prof. Schend über den Bau des Atoms.

Eine Kino-Ausstellung wird am 12. Juni im „Cin“, der ehemaligen Markthalle, die jetzt zum großen Ausstellungsraum umgebaut worden ist, unter dem Namen „Der Film“ eröffnet. Sie ist voll besetzt, zeigt Technik, Kunst, Wissenschaft, Literatur und alles, was mit dem Kino- und Filmwesen zusammenhängt. Täglich finden 23 Tage lang Sonderveranstaltungen statt.

Bildnisse von Sauter. Professor Georg Sauter ist 26 Jahre im England als beliebter Porträtmaler tätig gewesen. Wenn man weiß, was das in dem kaffischen Lande der ästhetischen Unkultur bedeutet, so ist man angenehm überrascht von den Arbeiten, die der seit einigen Jahren wieder in Deutschland lebende Künstler jetzt bei Nicolai, Historiker, 20 a, ausgestellt hat. Sauter hat in seinen Porträts weder biographische Extrakte, wie es die großen kaffischen Bildnismaler hatten, noch ist er ein bisonärer Seelenkrieger nach Art Rodolfs. Was er bietet, sind — rein ästhetisch aufzufassen — lebensvolle Momentbilder, die charakteristische Merkmale der äußeren Erscheinung gefällig fixieren, ohne hinter Dionandos aus- und andeuten zu wollen. Künstlerischen Wert erhalten die Porträts vor allem durch das künstlerische Feingefühl mit den großen, bisweilen getönten Farbflächen, die gegeneinander abgesetzt und miteinander zu harmonischen Harmonien verschmolzen werden. Namentlich die beiden großen Damenporträts sind bei verschiedenartigen Techniken von ausgezeichneter Deutlichkeit. Das höchste in der Bildniskunst wird auf diese Weise freilich nicht erreicht. Was Sauter schafft, ist mehr Produkt eines kultivierten Geschmacks, als elementare künstlerische Kraft. Auch ein Jubel an Routine und eine gewisse Abgibt der formenschnellenden Phantasie macht sich an einzelnen Bildern bemerkbar. Aber im ganzen könnte man zufrieden sein, wenn sich die Familienporträts in den Salons der deutschen zahlungsfähigen Bürgerhäuser bei auf einem so unabhängigen und geübten Niveau halten würden, wie es hier zutage tritt.
J. S.

Die Museen am Wahltag. Am 6. Juni d. J., dem Tage der Reichstagswahlen, bleiben das Müe und Neue Museum, das Kaiser-Friedrich-Museum, das Kunsthistorisches Museum, das Museum für Völkerverständnis, die Sammlung für deutsche Volkskunde und das Zeughaus geschlossen.

Mag Liebermann ist einstimmig zum Präsidenten der Akademie der Künste gewählt worden. Am 1. Oktober tritt er an die Stelle Wagners, der eine Wiederwahl ablehnte.

Frickmann-Vertrag. Auf Veranlassung des Deutschen Komitees zur Bekämpfung der Tuberkulose und des Komitees für das kaffische Fortbildungswesen bricht Prof. Frickmann in Tuberkuloseinstitut im Hermann-Lohmeyer-Straßenort 13, am 2. Juni, mittags 12 Uhr, über seine Heil- und Seuchenschutzbehandlung der Tuberkulose mit Vorstellung von Patienten vor und nach der Behandlung.

Theater. Die Deutschen Operntruppe veranstaltet am 12. und 13. Juni Frau Kammerängerin Marie Periza von der Staatsoper in Wien ein jarmaliches Gastspiel.

Ein Sternheim-Skandal, veranlaßt durch das Schauspiel „Die Kaffee“ wird aus dem Wiener Stadttheater gemeldet.

Bitte der Wissenschaft. Zur Förderung naturwissenschaftlicher Arbeiten ist Dr. Anshaj-Rampje der Japanischen Akademie der Wissenschaften eine Million Yen.

Treugelöbniß aus Pommern.

Erklärung des Wehrkreiscommandos.

Stettin, 3. Juni. Das Wehrkreiscommando gibt folgende Erklärung ab: Sämtliche Truppenführer der Reichswehrrückgabe 2 in allen Garnisonen der Provinz Pommern und der Grenzmark Westpreußen-Posen haben erklärt, daß sie mit ihren Truppenteilen vom ältesten Offizier bis zum jüngsten Mann geschlossen auf dem Boden des Kartells ihres Militärbesitzhabers und des Oberpräsidenten vom 1. Juni stehen und fest gewillt sind, die Verfassung und die verfassungsmäßige Regierung gegen jeden Angriff von rechts oder links zu schützen.

Gewerkschaftskommission und Putschgefahr.

Am Mittwochabend nahm die Berliner Gewerkschaftskommission Stellung zur gegenwärtigen innerpolitischen Lage. Der Referent Kusch teilte eine Reihe von Einzelheiten über Zusammenkünfte in der Umgebung von Berlin mit. Er betonte, daß es sich in allen Fällen um Truppen handelt, die zu reaktionären politischen Zwecken Verwendung finden sollen. Weiter habe der Ausschuss sichere Mittel, daß Offiziere der Berliner Sicherheitspolizei an Werke seien, um die von Arbeitern gesäuberten Einwohnerviertel in der Umgebung Berlins für einen reaktionären Putsch mobil zu machen und sie zu diesem Zweck mit der Sicherheitswehr zu versehen. Die reaktionären Einwohnerviertel seien alle noch bewaffnet.

Die Reaktion sei schlagfertig, während die Regierung schlafte. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission habe sich mit dem Gewerkschaftsbund in Verbindung gesetzt und von dieser Seite sei die Regierung um Verhandlungen in dieser Angelegenheit ersucht worden. Die Regierung habe aber erklärt, erst nach der Konferenz in Spa verhandeln zu können. Angehörige dieser Sammelstelle der Regierung halten die Vertreter der Gewerkschaftskommission ein Mitarbeiter in der Wehrkommission nicht mehr für möglich. Durch ihren Rücktritt soll der Bevölkerung gezeigt werden, daß die Regierung ihre nach dem Kapp-Putsch gegebenen Versprechungen nicht gehalten habe.

Die Verammlung beschloß einstimmig folgende Erklärung: Nachdem die Berliner Gewerkschaftskommission bereits am 22. April Stellung genommen hat zu dem Vorwurf des preussischen Ministeriums über Einstellung der Vertrauensleute der Gewerkschaften in die Sicherheitspolizei, ist nunmehr die Angelegenheit so weit gediehen, daß es unmöglich ist, die Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission in dem von dem am Generalstreik beteiligten Organisationen gebildeten Wehrschutz noch weiter zu belassen. Nachdem erneut Verhandlungen seitens des Wehrschutzes mit dem preussischen Ministerium des Innern verlangt worden sind, hat dasselbe nach 14 tägiger Verzögerung die Verhandlungen verschoben bis nach der Konferenz in Spa. Blind steht die Regierung den inneren politischen Verhältnissen und dem Rücken der Reaktion gegenüber. Die Durchführung des Punktes 6 der Abmachungen ist in keiner Weise eingehalten. An Stelle organisierter Arbeiter und Angestellten werden ehemalige Soldaten und reaktionäre, nationalgeistausgestaltete Soldaten angenommen. Wir müssen daher die Verantwortung anlässlich der drohenden Gefahr abgeben und der Minister des Innern und den Berliner Polizeipräsidenten für die jegliche Loge verantwortlich machen.

Die organisierte Angestellten- und Arbeiterkraft machen wir auf die drohende Gefahr aufmerksam und ersuchen sie, ihr volles Augenmerk auf die Bestrebungen der Reaktion zu richten. Zu diesem Bericht sei bemerkt, daß die Vertreter der am Generalstreik beteiligten Organisationen am letzten Montag beschloßen hatten, die Wehrkommission um einstweiliges Verbleiben im Amte zu ersuchen und neue Verhandlungen mit der Regierung anzubahnen.

Der Reichstagsbeginn.

Nicht vor dem 23. Juni möglich.

Die Frage des Zusammentritts des Reichstages ist von folgenden Terminen der Reichswahlordnung abhängig:

- 8. Juni Wahltag, 9. Juni Eingang der Ergebnisse der Wahlbezirke beim Kreiswahlleiter, 10. Juni Sitzung der Kreiswahlausschüsse zur Ermittlung der Wahlkreisergebnisse, 11. Juni Eingang der Resultate bei den Verbände-Wahlleitern und beim Reichswahlleiter, 12. Juni Sitzungen der Verbände-Wahlleiters zur Ermittlung der noch auf die Kreiswahlvorschläge entfallenden Abgeordneten; Mitteilung an die Kreiswahlleiter und Abgabe der Resultate an den Reichswahlleiter, 13. Juni Sitzungen der Kreiswahlausschüsse zur Verteilung der Abgeordnetenliste auf die Kreiswahlvorschläge; Erklärung der erforderlichen Anzahl von Abgeordneten für gewählt; Benachrichtigung der Gewählten; gleichzeitig Eingang der Resultate bei den Wahlkreisverbänden beim Reichswahlleiter, 14. Juni Sitzung des Reichswahlausschusses zur Feststellung der auf die Kreiswahlvorschläge fallenden Abgeordnetenliste; Erklärung der entsprechenden Zahl von Abgeordneten für gewählt; Benachrichtigung der Gewählten, 15. Juni Feststellung der Reichsliste der Gewählten über die Wahl, 16. Juni Feststellung der Reichsliste der Gewählten über die Wahl, 17. Juni Abgang der Briefe zur Erklärung über Annahme der Wahl auf Grund der Kreiswahlvorschläge, 18. Juni Abgang der Briefe auf Grund der Reichsliste.

Die Zusammenkunft des neuen Reichstages ist daher frühestens auf den 23. Juni möglich. Die Konferenz in Spa soll am 21. beginnen. Englische Meldungen französischer Blätter wollen aber schon von einer neuen Verabreichung wissen.

Das neue Arbeitsrecht.

Der Ausschuss zur Ausarbeitung des Entwurfs eines neuen Arbeitsgesetzbuchs ist am 28. und 29. Mai unter Leitung seines Vorsitzenden, des Ministerialdirektors Siefert, im Reichsarbeitsministerium zu Beratungen zusammengetreten. Dem Ausschuss gehören u. a. unsere Genossen Paul Umbreit, Rudolf Wiffell und Dr. Singheim (Frankfurt a. M.) an.

Die Arbeiten der von dem Gesamtausschuss gebildeten Unterausschüsse sind zum Teil bereits weit fortgeschritten. In Vorbereitung sind insbesondere die Entwürfe einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes, eines Heimarbeitsgesetzes, eines Hausdienstgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes, sowie mehrere Sonderabrisse des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts. Die vorerwähnten Gesetzentwürfe sollen vorweg erledigt und später in das Gesamtwerk eingearbeitet werden. In Aussicht genommen ist ferner ein Gesetz über Arbeitsbeschäftigung. Die jetzigen Beratungen hatten hauptsächlich die Erörterung der bisher vorliegenden Vorwürfe, insbesondere eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes zum Gegenstand.

Kußerdem fand eine Aussprache darüber statt, wie die Fortführung der Arbeiten zweckmäßig zu gestalten und umlicht zu fördern sei. Auch wurden die Beziehungen zum internationalen Arbeitsrecht, namentlich zur Revision: auf die von der Hauptversammlung des Internationalen Verbandes der Arbeit im Oktober und November 1919 in Washington gefassten Beschlüsse erörtert. An der Erörterung des Tarifvertragsgesetzes nahmen auch Mitglieder des Tarifrechtsausschusses der Gewerkschaft für soziale Reform teil.

Der Wahlkampf.

Die Stimmung ist gut.

Wahlindrücke aus dem Westen.

Der frühere preussische Ministerpräsident Genosse Paul Dirsch ist soeben aus dem westdeutschen Industriegebiet, wo er in einer großen Anzahl von Versammlungen gesprochen hat, zurückgekehrt und teilte über seine dort gewonnenen Eindrücke folgendes mit:

Im Ruhrgebiet wird von allen Seiten eine sehr lebhaft Wahl-agitation getrieben. Besonders rührig sind die Deutsche Volkspartei und die beiden sozialistischen Parteien. Es ist mir sehr interessant gewesen zu sehen, daß, im schärfsten Gegensatz zu den Prophezeiungen der reaktionären Presse von einer Bahnliederlage der Sozialdemokratie, in den Versammlungen der Sozialdemokraten überall frohe Siegestimmung herrschte. Man rechnete auch nicht mit hartem Abzug nach links, obwohl zugegeben wird, daß durch das Anwachsen der Reaktion die Massen radikalisiert werden und das eine oder andere Mandat auf Kosten der Sozialdemokraten an die Unabhängigen fallen kann. Daß, abgesehen von vereinzelten Fanatikern, in nennenswertem Umfange Putschabsichten bestehen, glaube ich nicht. Die Unabhängigen, die in meinen Versammlungen sehr stark vertreten waren, haben mir durchweg zugestimmt, wenn ich vor Putsch warnte und darauf aufmerksam machte, daß sie nur der Reaktion zugute kämen. Große Erbitterung herrscht auch heute noch über das Verhalten des Militärs. Insbesondere über die von den Kriegsgerichten gefällten Urteile. Die Forderung, daß auch in diesem Gebiet der Ausnahmezustand beseitigt werde, erscheint mir nach meinen Eindrücken gerechtfertigt.

Besonders erfreut war ich darüber, daß, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, die unabhängigen und selbst die kommunistischen Diskussionsredner mir völlig darin beipflichteten, daß das Proletariat sich endlich die Gruberhand reichen und gemeinsam gegen die Reaktion kämpfen müsse, anstatt sich wie gegenwärtig zu zerstreuen. Es scheint, daß allmählich die Stimmung zugunsten des Zusammenschlusses der beiden sozialistischen Parteien die Oberhand gewinnt. Dazu hat zweifellos der Kapp-Putsch beigetragen, so daß es in diesem Fall heizen kann, daß auch Herr Kapp ein Teil von seiner Kraft gewesen ist, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Helfferich, der Bekenner.

Die Ortsgruppe Hannover des „Generalvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ hatte an Herrn Helfferich folgendes Telegramm gesandt:

Billigen Eure Exzellenz die in hannoverschen Zeitungen zur Unterhaltung Ihrer Kandidatur erlassenen Aufrufe mit folgendem Inhalt: 1. Aussaugung des deutschen Volkes durch das geldgierige Judentum, das in den Kriegsgesellschaften für in Höhe von jährlich 12 Milliarden Mark. 2. Wollt Ihr Eure Söhne und Töchter bewahren vor jüdischer Vergiftung und schmutzigen Knostücken und ungeschickten Raubkavalen? Erbitten dringend Drahtantwort.

Han war der Herr Staatsminister a. D. etwas in Verlegenheit und in Gefahr, auf der einen Seite die antisemitischen Schreier der Deutschnationalen Partei, in der er gelandet ist, auf der anderen Seite seine jüdischen Großfinanzfreunde, die man im Leben doch auch braucht, und auf die man sehr leicht in der Zukunft wieder angewiesen sein kann, vor den Kopf zu stoßen. Also, rebete er sich mit einer gewundenen Erklärung, die einem persönlichen Bekennnis aus dem Wege ging, heraus:

Beliebende Zeitungartikel sind bisher nicht zu Gesicht gekommen. Ich veranlaßte meine eigenen Erklärungen, sehe keine Veranlassung, gegenüber Dritten zu Zeitungserklärungen billigen oder mißbilligen Stellung zu nehmen. Helfferich.

Ja, es ist etwas Herrliches um den Bekennermut eines deutsch-nationalen Kämpfers, der es mit keinem seiner Gönner verderben will, ob er Jud' sei oder Christ! —

Der Tiefpunkt.

Die „Tägliche Rundschau“, das Hauptorgan der Deutschen Volkspartei, beginnt ihren Leitartikel vom Donnerstagabend mit den folgenden Worten:

Ein Halbalphabet wurde Außenminister in Brüssel, ein Zuhälter Polizeipräsident in München, ein Kneipwirt: ist Reichstagen und ein Reisender in Spilliojets ist auf Wiemards Konjunkturfest.

Die Partei für Befreiung und — Bildung ist also mit ihrer Wahlagitator bereits im Spilliojet angelangt. Die Leute können es eben nicht verkraften, daß heute auch Männer mitzureden haben, die nicht mit dem goldenen Löffel im Munde geboren sind. Ihr Hochmut, ihr Dummstolz, ihr Verfassungssinn kennt keine Grenzen. Möge diese Gesellschaft am 6. Juni dahin verabschieden, wohin ihre eigene Spilliojetphantasie den Weg zeigt!

Koalition und Stressemänner.

Der demokratische Reichsminister Koch hielt gestern in Nürnberg eine Rede, in der er sagte:

Selbstverständlich bin ich für eine möglichst ausgiebige Vertretung des Bürgertums in der Koalition. Was sich in Wort und Tat auf den Boden der Verfassung stellt, gehört hinein. Ich bedauere, daß die Deutsche Volkspartei durch ihre Politik des letzten Jahres, durch ihr Verhalten beim Kapp-Putsch und durch die Art, wie sie den Wahlkampf vielfach mit dem verzerrten Unterschied zwischen nationalen und antinationalen Parteien führt, ein so berechtigtes Vertrauen hervorgerufen und die abschneidende Erklärung des Reichslänglers Müller arabesque provoziert hat.

Rechtsoberbolschewisten.

Die innige See-erwandtschaft der Deutschnationalen mit den erkrankten Kommunisten bewies erneut der Leiter einer von den Deutschnationalen einberufenen, allerdings zu etwa zwei Dritteln von politisch vernünftiger Denkleben besuchten Versammlung am Mittwochabend in Charlottenburg, Schloßstraße. Der Herr erklärte nämlich:

es müßten alle Reichs- und Staatsbetriebe, auch die Reichsbahn, da sie sich doch nicht rentieren, zugrundegehen, damit auch auf diese Weise die jetzige Regierung durch eine nationalsozialistische Kapitalistische ersetzt werde. Diese Art von Patriotismus und Reichstreu ist leicht zu durchschauen! Wenn die Reichs- und Staatsbetriebe wieder große Ueberflüsse liefern, dann brauchte man nicht ordentliche Steuern von den Besitzenden zu erheben, um die Kosten des von der nationalen Militärlasse mit ihrem Kaiser herauszubringen Krieges zu decken.

Das deutschnationale Gewissen.

Der frühere Generalsekretär der Deutschen Volkspartei, Kroschel, hat eine Broschüre gegen die Deutschnationalen herausgegeben, „Das deutschnationale Gewissen“. Dafür schämte ihn die Deutsche Volkspartei hinaus, die Deutschnationalen jammern auf Raufe. Wie sie sich die vorstellen, geht aus folgender eidesstattlichen Versicherung hervor, die die Frau Kroschel abgegeben hat:

Ich versichere hiermit an Eidesstatt: Einige Tage, nachdem die Broschüre meines Mannes „Das deutschnationale Gewissen“ erschienen war, wollte mich eine Dame in ihrer Wohnung sprechen und teilte mir u. a. mit, daß mein Mann der Generalsekretär Kroschel, durch Detektivbeobachtung beobachtet werde. Die Dame sagte mir wörtlich: „Frau Kroschel, Sie können viel Geld verdienen, der Herr von der Partei möchte Sie gerne in seinem Bureau sprechen.“ Ich habe selbstredend abgelehnt, da ich mit der ganzen Sache nichts zu tun haben will! Berlin, den 2. Juni 1920. Alice Kroschel.

Offiziersverband und Kapp-Putsch.

Eine vernünftige Frau.

Die „Leimböcher Zeitung“ beschäftigt sich in einem Aufsatz, der offenbar von sehr gut unterrichteter Seite stammt, mit den beiden Hauptmännern des Nationalverbundes Deutscher Offiziere, Herrn Molkentin und Grafen Bötz. Dabei wird u. a. folgendes ausgeplaudert:

Der Geschäftsführer des R. D. Graf Bötz hat Herrn Mittmeister v. Wiemard, Wilmerdorfer, Düsseldorf Str. 75, nach dem Kapp-Putsch wörtlich gesagt: „Am Abend des 12. März sind wir alle in die Säbender Wohnung von Molkentin eingeladen gewesen. Dort wurde der Beschluß gefaßt, wir sollten am Morgen des 13. März alle am Brandenburger Tor sein, um mit den Truppen in die Reichskanzlei einzuziehen. Aber meine Frau hat es mir nicht erlaubt!“

Eine hervorragend vernünftige Frau! Wenn alle so wären, gäbe es keine Putschgefahr, und wir könnten ruhiger schlafen!

U. S. P. für Offiziergewalt.

Am 12. Dezember 1918 telegraphierte der Rat der Soldatenführer, gezeichnet Ebert, Scheidemann, Landsberg, Haase, Dittmann, Barth, an die Oberste Heeresleitung:

- 1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Billige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Voraussetzung.
 - 2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienste ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere muß deshalb unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.
 - 3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratend zu stimmen in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.
- Wie man sieht, haben die Unabhängigen, als sie noch mitregierten und noch nicht allein die Schimpfonturzen mit den Kommunisten aufgenommen hatten, über das im Augenblick Notwendige genau so gedacht und gezwungenermaßen auch ebenso gehandelt, wie die „Verräter“ von der Sozialdemokratie.

Aus Thüringen.

Die Unabhängigen helfen der Reaktion.

In Thüringen hat der Wahlkampf besonders lebhaft Formen angenommen. Die Reichsparteien, namentlich die Deutsche Volkspartei, aber auch die Demokratische Partei arbeiten mit ungeheuren Geldmitteln, die sie vorzugsweise aus Zeitungsinseraten, Plakate und Flugblätter verwenden. Aber auch ihr rednerisches Aufgebot ist sehr stark und zeigt sich vor allem in den größeren Städten, während die Unabhängigen sehr rührig in den kleineren Orten agieren. Für die Sozialdemokratie hat in den letzten Tagen der preussische Finanzminister Genosse Biedemann in einer Reihe durchweg überfüllter und glänzend verlaufener Versammlungen gesprochen. Abgesehen von Erfurt, wo mehrere Anhänger der von Silvio Dell vertretenen Freizeldtheorie das Wort ergriffen, beteiligten sich an der Diskussion nur Unabhängige, die in gewohnter Weise lediglich den Gruderkampf pflügen und die sozialdemokratischen Führer beschimpften, gegen die Reichsparteien dagegen nichts zu sagen wußten. Die Versammlungsteilnehmer quittierten über diese trübe Latit durch stürmischen Beifall, mit dem sie die gründlichen und treffenden Erwiderungen des Referenten unterstrichen. Die gleichmäßig günstige Stimmung läßt auf ein gutes Wahlergebnis auch in Thüringen hoffen.

Unabhängige Sprengkolonnen.

Wie buchstäblich die roh dreinschlagende Faust auf dem U. S. P. Plakat zu verstehen ist, zeigt folgender Bericht aus Rosenthal bei Berlin:

Zwei Versammlungen hat die U. S. P. hier bereits abgehalten, die auch von unseren Parteigenossen besucht waren und ohne Störungen verliefen. In unserer Versammlung am Dienstag hatte Genosse Brunner das Referat übernommen. Schon während des Referats zeigten die Unabhängigen, daß sie keine andere Meinung als ihre eigene dulden. Nach Schluß des Referats keilte man die wohlorganisierte Sprengkolonne große Plakate an der Bühne des Saales auf, die zur Wahl der U. S. P. aufforderten. Dies rief naturgemäß Empörung bei den Versammlungsbesuchern hervor und zettelte eine gespannte Stimmung, die in Tätlichkeiten auszuarten drohte als unsere Genossen die Plakate einfach umdrehen und heruntergerufen versuchten, was ihnen auch teilweise gelang. Der Zweck war nun erreicht und durch die Unruhe versuchten die Unabhängigen die Leitung an sich zu reißen. Da eine ordnungsgemäße Leitung nicht möglich war, schloß der Leiter die Versammlung und unsere Anhänger verließen den Saal. Am letzten die Unabhängigen die Versammlung fort und da auch Kommunisten anwesend waren, wird der weitere Verlauf wohl der üblich endende gewesen sein. Als „Erfolg“ können die Radaubruder lediglich verzeichnen, daß sie den Sozialismus herabgerückt haben. Der denkende Arbeiter erkennt, wie die Feinde der Einigkeit des Proletariats nur der drohenden Reaktion dienen.

Gewerkschaftsbewegung

Einigung im Bankgewerbe.

Die am gestrigen Donnerstag im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Geheimrats Söhler stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Direktoren der Berliner Großbanken und den Bankkommissionarorganisationen haben nach langer Aussprache schließlich doch zu einer Einigung geführt, so daß der drohende Ausbruch im Bankgewerbe vermieden wird. Auf Vorschlag des Geheimrats Dr. Dittmar vom Reichsarbeitsministerium wurde schließlich von beiden Parteien der nachstehende Vergleich angenommen:

Sämtliche Angestellten erhalten zu den nach der Neuregelung bewilligten Sätzen vom 1. April 1920 ab monatlich im Voraus eine besondere Teuerungszulage: In Ortsklasse 1: Verheiratete 200 M., Ledige 185 M., Lehrlinge und Waisen 50 M. In Ortsklasse 2: Verheiratete 190 M., Ledige 180 M., Lehrlinge und Waisen 50 M. In Ortsklasse 3: Verheiratete 180 M., Ledige 170 M., Lehrlinge und Waisen 45 M. In Ortsklasse 4: Verheiratete 170 M., Ledige 165 M., Lehrlinge und Waisen 40 M. In Ortsklasse 5: Verheiratete 160 M., Ledige 150 M., Lehrlinge und Waisen 40 M.

Die auf Probe Angestellten erhalten die besondere Teuerungszulage, sobald sie mindestens drei Monate bei der Bank beschäftigt sind. Auf die besondere Teuerungszulage kommen in Anrechnung die seit dem 1. April 1920 bereits monatlich bewilligten oder durch Schlichtungsprüfungen ausgesprochenen, über die Neuregelung hinausgehenden Zulagen. Die Teuerungszulagen werden bei der endgültigen tarifmäßigen Regelung auf die darin bewilligten Sätze angerechnet.

Die Verhandlungen über einen endgültigen Reichstaxi beginnen spätestens am 15. Juni 1920 auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums. Die Verhandlungen finden vor dem gleichen Unparteiischenkollegium wie die letzten Schlichtungsverhandlungen statt.

In den besetzten Gebieten ist zu den tariflichen Sätzen ein der Höhe nach noch zu bestimmender Teuerungszuschlag zu gewähren.

Nach Annahme dieser vorläufigen Regelung sind örtliche Arbeitskämpfe unverzüglich einzustellen. Nachregelungen dürfen nicht stattfinden, es sei denn, daß eine strafgerichtliche Art der Verfehlung vorliegt. Bis zum Erlass eines Urteils erster Instanz kann Entwertung vom Dienst unter Fortzahlung der Bezüge stattfinden. Eine Verfolgung der Streitfrage findet nicht statt. Es wird empfohlen, wegen des Verdienstausfalles Vorschüsse zu gewähren.

Die vorläufige Regelung gilt bis zum Zustandekommen eines Reichstarifvertrages, längstens jedoch bis zum 31. August 1920.

Annahme des Vermittlungsvorschlages.

In einer vom Deutschen Bankovertenverein und dem Allgemeinen Verband der Bankoverten einberufenen überfüllten Versammlung erbat Herr Fürstberg Bericht über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die Donnerstag Vormittag gepflogen wurden. In den Verhandlungen nahmen für die Arbeitgeber teil Dr. Rosler, Geheimrat Schröder und Billig. Die Arbeitnehmerorganisationen waren durch Fürstberg, Gurr, Kornacker, Gaje, Scholz, Grunow und Escher vertreten. Angeht es der ungünstigen Lage, so führte Fürstberg aus, seien die Vertreter der Arbeitnehmerverbände zu dem schweren Entschluß gelangt, einen Vermittlungsvorschlag der Arbeitgeber anzunehmen. Wenn es auch kein Sieg der Angestellten sei, so bedeute es doch einen Fortschritt, daß von den Arbeitgebern zwei Drittel der gesamten Forderungen bewilligt worden seien, da diese mit der Absicht in die Verhandlungen getreten seien, nur eine wesentlich geringere Erhöhung zuzugestehen als sie nun bewilligt ist. Dieser Vertrag sei nicht von langer Dauer, da die Verhandlungen über den Reichstarif bereits am 15. Juni beginnen würden und es dann darauf ankomme, dem Arbeitgeber eine geeinte Kampffront entgegenzusetzen.

Die Ergebnisse der in den Betrieben vorgenommenen Abstimmungen gab Marx bekannt. Es wurden abgegeben in der

	für den Streit	dagegen	ungültig
Deutschen Bank	8107	1298	194
Disconto-Bank	2801	785	11
Dresdener Bank	2050	918	88
Darmstädter Bank	1625	963	—
Mitteldeutschen Kreditbank	418	181	19
Commerz-Bank	1149	878	—
R. B. D.	558	264	—

Die Werkzeugmacher zur Affordarbeit.

Am Dienstagabend tagten in den Sophienböden die im Metallarbeiterverband organisierten Werkzeugmacher, um zu dem neuen Tarifabkommen Stellung zu nehmen. Vor vierzehn Tagen hatte eine Versammlung sich schon mit diesem Thema beschäftigt und die Vorschläge der Verhandlungskommission und der Unternehmer abgelehnt. Knopf teilte mit, daß die neue, sehr stark besetzte Versammlung auf Veranlassung der Bevollmächtigten einberufen sei, und daß heute die Entscheidung fallen müsse, da von der Stellung der Werkzeugmacher die Unternehmer die weiteren Tarifverhandlungen abhängig machen. Der Bevollmächtigte Bisla führte aus, daß die Werkzeugmacher seit Jahren nach einem Branchenbeschluß das Werkzeug nur im Lohn herstellen. Die Unternehmer versuchen

diesen Beschluß zu durchbrechen. Ein Teil der Kollegen umgeht den Beschluß, indem er Scheinafforde eingibt, um dadurch einen höheren Verdienst zu erzielen. Mit dem Standpunkt der Werkzeugmacher, daß sie die Affordarbeit ablehnen, müsse gebrochen werden. (Bei diesen Ausführungen fand der Redner stürmischen Widerspruch der Versammelten.) Es seien dafür zwei Gründe maßgebend: erstens werde der Branchenbeschluß nicht allgemein durchgeführt und zweitens gebiete die wirtschaftliche Lage, eine andere Stellung einzunehmen. Der Hauptausdruck habe versucht, mit den Unternehmern dadurch einen Ausgleich zu schaffen, daß die Werkzeugmacher höher entlohnt werden und habe zugestimmt, daß überall da, wo sich die Arbeit kalkulierbar lasse, die Arbeit im Afford herzustellen sei. Für die Werkzeugmacher habe man 60 Pf. Lohn über den abzuschließenden Tarif vorgelesen und er ersuchte daher die Versammlung, den Vereinbarungen zuzustimmen. Auch hier wieder fand der Redner stürmischen Widerspruch und es ertönten Rufe "Vertreter an der Arbeiterklasse".

In der Diskussion sprachen alle Redner gegen den gemachten Vorschlag. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß es unmöglich sei, das Werkzeug im Afford herzustellen, da von der Beschaffenheit der Werkzeuge die gesamte Produktion abhängt. Von anderen Rednern wurde ausgeführt, daß es sich bei dem Vorgehen der Unternehmer um eine Nachprobe handle. In der Abstimmung wurde der Vorschlag auf Affordarbeit von der Versammlung fast einstimmig abgelehnt. Die Branchenkommission erklärte darauf, daß sie ihr Mandat niederlege. Börner erhob heftige Vorwürfe gegen den Bevollmächtigten Bisla und die Branchenleitung. Er sagte, sie folgten im Fahrwasser der Arbeitgeber. Man könne es verstehen, wenn das die alte Verwaltung getan habe, von der neuen sei es gerade vom Standpunkt der U. S. V. ein Verrat an der Arbeiterklasse. Es müsse einmal Abrechnung gehalten werden. Bisla konnte in seiner Verteidigung den Eindruck nicht vermissen, daß die jetzige Taktil nicht ganz mit den vor einem Jahre gesteckten Zielen übereinstimme. Die Verhandlungskommission wurde dann nochmals beauftragt, den Seiten bis zum Abschluß der Tarifverhandlungen zu behalten, um dann die Neumahlen vorzunehmen.

Achtung, Betriebsräte!

Da die Veröffentlichung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unklar gehalten ist, die Einzelbetriebe sich an die Berliner Gewerkschaftskommission wenden, ergeht hiermit die Aufforderung:

Die Betriebsräte der einzelnen Betriebe haben sich unbedingt an ihre Gewerkschaften zu wenden und empfangen von dort ihr Material und ihre Legitimation. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend. J. A.: Gildesheim.

Dohkott gegen die Friseurgeschäfte.

Um den Streik der Friseurgehilfen zu unterstützen, hauptsächlich um die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu bewegen, hat die Berliner Gewerkschaftskommission am Mittwochabend einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Seit drei Wochen stehen die organisierten Friseurgehilfen und -Gehilfinnen in beständigem Kampfe. Alle Versuche der freien Friseure, mit ihren Arbeitgebern zu Verhandlungen zu kommen, sind bisher gescheitert.

Den Schlichtungsprüfungen haben die Arbeitgeber abgelehnt. Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium wurden gleichfalls abgelehnt.

Der Versuch der Berliner Gewerkschaftskommission, zwischen den streikenden Friseuren und dem Interessenverband der Friseure Groß-Berlins eine Einigung herbeizuführen, scheiterte gleichfalls an der unnachgiebigen Haltung der Arbeitgeber.

Der Versuch der Gewerkschaftskommission, vor der Verhandlung des Dohkotts in letzter Stunde zu Verhandlungen zu kommen, scheiterte an der brutalen Ablehnung des Vertreters des Interessenverbandes, des Obermeisters Leopold.

Arbeiter und Angestellte Groß-Berlins!

Aus diesem Grunde steht sich die Berliner Gewerkschaftskommission genötigt, über sämtliche Groß-Berliner Friseurgeschäfte den Dohkott zu verhängen. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission wird ermächtigt, falls die Arbeitgeber sich zu Verhandlungen bereit erklärt haben, die Aufhebung des Dohkotts zu beschließen.

In allen Stadtteilen Groß-Berlins werden fliegende Friseurstuben in genügender Anzahl eröffnet, die durch die Tagespresse und gelbe, durch die Zentralfreileitung unterzeichnete Plakate bekannt gegeben werden.

Kein organisierter Arbeiter und Angestellter darf von heute ab eine andere als durch die Streikleitung freigegebene Friseurstube besuchen.

Keiner darf zum Dohkottbrecher werden. Hoch die Goldarbeit! Die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

Abschluß der Tarifverhandlungen für die Angestellten in den Geldschrankfabriken und Wauschloffereien.

Am 3. Juni sind die Verhandlungen über den neuen Tarif zum Abschluß gelangt. Aufgabe der Betriebs- und Angestelltenräte ist es jetzt, dafür Sorge zu tragen, daß die neuen Gehaltsätze überall ausgezahlt bzw. die Differenzen nachgezahlt werden. Auf sämtliche Lehrlingslöhne ist ein Zuschlag von je 50 M. vereinbart. Die

bisherigen Tariflöhne der anderen Angestellten sind ab 1. April 1920 erhöht für die ersten 500 M. der alten Tarifföhe um 60 Proz. bei den Wauschloffereien, um 75 Proz. bei den Geldschrankfabriken, die 500 M. übersteigenden Summen in entsprechender Weise um 80 bzw. 45 Proz. Diese Erhöhungen sind aber keine Teuerungszulagen. Die Lohnsätze müssen nach wie vor bei den Abrechnungen wie im Ausdruck des Tarifes in einer einzigen Summe erscheinen. Die Bestimmungen des Rahmentarifes sind dieselben geblieben; auch der § 10, der das sogenannte Mitbestimmungsrecht enthält, ist wieder aufgenommen. Der Vertrag läuft zunächst bis zum 31. Juli 1920.

Deutscher Transportarbeiterverband. Kollegen und Kolleginnen aus den Buchdruckereien, Buchbindereien und Zeitungsverlagsanstalten. Die Versammlung findet nicht am Freitag, sondern am Samstag, nachmittags 5 Uhr, in demselben Lokal statt.

Steinseher und Berufsgehilfen. Tarifbesitz! Groß-Berlin. Sämtliche Betriebsräte und Betriebsobleute treffen sich am Freitag, 4. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal von Schlotterbeck, Dänziger Straße 99. Jede Firma muß unbedingt einen Vertreter senden. — Filiale Berlin. Sonntag, 13. Juni, vorm. 9 1/2 Uhr, findet in der Harmonie, Invalidenstr. 1, eine sehr wichtige Generalversammlung statt. Erscheinen aller ist unbedingt erforderlich.

Wirtschaft

Das Existenzminimum im Mai 1920.

Die Verringerung unserer Valuta hat auch für den Mai noch keine Verringerung der Kosten des Existenzminimums gebracht. Zwar waren Kleidung, Schuhwerk und einige Nahrungsmittel, wie Reis, billiger als im April. Aber die rationierten Waren sind im allgemeinen noch teurer geworden. Das gilt besonders für Brot, Fleisch, Kartoffeln und Zucker. In Groß-Berlin kosteten so nach Dr. Kucinski Brot, Zucker und Milch 1mal soviel wie vor dem Kriege, Kartoffeln 13mal soviel, Butter 14mal soviel, Margarine 22mal soviel, Schmalz 29mal soviel. Bezieht man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Vierzehnfache. In den vier Wochen vom 8. bis 30. Mai wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis	
	Mai 1920	Mai 1914
7600 Gramm Brot	1615	185
125 " Feigwaren	50	10
625 " Nahrungsmittel	115	25
1900 " Hülsenfrüchte	1814	76
8500 " Kartoffeln	880	51
1000 " Fleisch	2248	170
80 " Butter	900	21
500 " Margarine	1755	80
500 " Schmalz, Grobfett	3000	70
700 " Zucker	280	81
500 " Marmelade	450	80
	10817	749

Vom Mai 1914 bis zum Mai 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,85 M. auf 179 M., d. h. auf das 10,6fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,20 M. auf 268 M., d. h. auf das 12,1fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,70 M. auf 370 M., d. h. auf das 12,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt noch 8 bis 9 Pf. wert.

Preisabfall in England.

Auch in England hat der Kampf gegen die übermäßige Preissteigerung in weitestem Ausmaß begonnen. Eine ganze Reihe von Kaufhäusern kündigt in Briefen an die Scheurenheim herabgesetzte Preise an; andere haben einzelne Artikel wesentlich herabgesetzt. Im Strand, wo ein Parlamentsmitglied vor einigen Wochen einen Schneiderladen einrichtete, in dem man einen fertigen Anzug für 3 Pfund (80 Goldmark) kaufen konnte, haben jetzt zahlreiche Berufsschneider die Konkurrenz mit diesem Schneider-Jobalisten aufgenommen. Ein Schuhwarenhaus zeigt an, daß sein Einheitspreis von 38 Schilling auf 25 Schilling (25 Goldmark) herabgesetzt ist, und auch die Preise für Tee, Honig, Konerven, frisches Fleisch, besonders Hammelfleisch, sind bedeutend zurückgegangen. Obwohl die offiziellen Veröffentlichungen warnen, dauert die Welle der billigen Preise nun doch schon einige Zeit an.

Der neue englische Ernährungsminister Mc. Curd hat Ernährungsbeiräte eingesetzt, die die Aufgabe haben sollen, gemeinsam mit dem Lebensmittelamt die Preisbewegung der wichtigsten Lebensmittel zu regeln. Sie werden jeweils für einen bestimmten Produktionszweig, zurzeit sind sie schon für die Marmeladenherstellung, für die Obst- und für die Gemüseproduktion eingesetzt.

Anwendung von Rotorpflügen in der rumänischen Landwirtschaft.

Das rumänische Domänenministerium hat eine besondere Kommission ernannt, welche die Frage der Einführung der Feldbestellung durch Rotorpflüge studieren soll. Im engen Zusammenhang hiermit steht die Absicht, demnächst eine größere Anzahl von Rotorpflügen im Ausland zu bestellen, für deren Lieferung insbesondere auch die deutschen landwirtschaftlichen Maschinenfabriken herangezogen werden sollen.

Bericht, für den redaktion. Teil: Erich Antner, Tempelhof; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag: Verlags- und Druck-Ges. m. b. H. Berlin. Druck: Verlags- und Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. Berlin. Kundenr. 2. Kreis 1. Blatt.

A. Wertheim Lebensmittel

Leipziger Strasse Königstrasse Rosenthaler Strasse Moritzplatz

Sowjet Vorrat

Konserven

Thunfisch in Öl	Dose	6.35
Gekochter Lachs	Dose	6.65
Heringe in Gelee	Pfanddose	6.90
Fischpaste	Pfanddose	4.90
Delikatessheringe	in verschiedenen Sorten, 1/2 Dose	13.25 7.25
Bismarckheringe ohne Gräten	ovale Dose	11.75
Heringe in Senfsauce, ohne Gräten, ovale Dose		12.00 8.75
Fischwürstchen	Dose	10.40
Fischklöße	1/2 Dose	13.50
Schwäbische Salzgurken	3-Liter-Dose	8.25
Pork u. Beans (Bohnen u. Schweinefleisch)	Dose	8.50 3.00
Spaghetti (Makkaroni mit Fleisch und Tomaten)	Dose	2.95

Gebr. Kaffee Pfund 28⁰⁰ 32⁰⁰ 36⁰⁰

Kirschen Wardersche	Pfund	3 ⁰⁰
Salat	3 Köpfe	50 ⁰⁰
Mohrrüben	junge holländische (ohne Kraut) Pfund	60 ⁰⁰
Grüne Schoten	Pfund	1 ⁰⁰
Frische Gurken	por Stück	1 ⁰⁰
Junger Kohlrabi	Pfund	70 ⁰⁰
Blumenkohl	holländischer, par Kopf	1 ³⁰
Zwiebeln italienische	Pfund	90 ⁰⁰
Stachelbeeren grüne	Pfund	1 ⁴⁰
Trauben-Rosinen	Pfund	12 ⁰⁰

Große Salzheringe	Stück	80 ⁰⁰
Delikatessheringe	Stück	30 ⁰⁰
Anchovis	Pfund	3 ²⁰
Muscheln in Gelee	Pfund	1 ²⁰
Schellfische	Pfund	1 ²⁰
Frische Flundern	Pfund	1 ²⁵

Kartoffeln 95
Neue Italienische
ohne Marken Pfund 95⁰⁰

Wen soll die Beamtin wählen?

Von Charlotte Buchow.

Bei den Beamtinnen ist der Zwiespalt in dieser Frage nicht gering. Auf der einen Seite steht noch immer das Alte: die Abhängigkeit an die Tradition des Beamtentums als Stand und Klasse, die scheinbare Unzertrennlichkeit der beiden Begriffe: Kaiser und Reich und der Hinblick auf die Berufsmäßigkeit des Lebens vor dem Kriege. Auf der anderen Seite steht das Streben nach aufrechtem Menschentum, nach politischer Freiheit, nach Erlösung von der Bevormundung durch überhebliche Vorgesetzte, die dringende Notwendigkeit einer Reform der wirtschaftlichen Lebens- und Existenzbedingungen der Beamtenschaft.

Durch die Revolution verloren gerade die Beamtinnen zunächst rein gefühlsmäßig die Orientierung. Denn alles, was von links kam, galt im kaiserlichen Deutschland, dem sie eingeschworen waren, als Sünde wider den heiligen Geist des Beamtentums und wurde mit Entlohnung geahndet.

Da kam der Krieg — es kam der 9. November 1918. An diesem Tag stürzte der überstolze Bau des kaiserlichen Deutschland in sich zusammen, wurde über Nacht eine dem Sozialismus zustrebende Republik, ein demokratischer Staat. Man behauptete: Die Heimat hat die Front erdolcht. Aber das war eine Verdrehung der Tatsachen, das war bewusste Lüge. Denn Heimat und Front war vom ersten bis zum letzten Tage eine untrennbare Einheit, und als die Heimat vor Hunger und Elend zusammenbrach, fiel automatisch auch die Front in sich zusammen.

Es ist wahr: Zusammengebrochen sind unsere uralte geheiligten Begriffe von Recht und Treue. Wer aber gelernt hat, Ursache und Wirkung miteinander zu verknüpfen, der weiß es: Nicht die Revolution tat uns dies, sondern der entsetzliche, nicht endenwollende Krieg. Mit eigener Hand zerbrach der Staat die feste Form von Sitte und Moral, als er zum Kriege rief, die blutige Saat trug bittere Frucht und droht uns alle zu vergiften.

Die Revolution zwang den Kaiser zum Gehen. Es blieb aber das Eigentliche, dem der Beamte dient: das Reich — der Staat. Er braucht seine Beamten heute nötiger denn je. Wer ihm aber jetzt dient, tut es anders als früher. In der Demokratie ist jeder einzelne — ob Mann, ob Frau — mitbestimmendes Glied des Ganzen. Die Demokratie erlöste die Beamten aus dem alten Fürsorgeverhältnis, sie machte aber vor allem den Frauen das Wahlrecht und beseitigte die drückendsten Ausnahmestimmungen für die weiblichen Beamten. Vieles ist schon erreicht in der kurzen Zeit ihres Bestehens und unter den unglücklichen Schwierigkeiten, mit denen die junge Republik unter den Nachwirkungen des Krieges zu kämpfen hatte. Sollen die geplanten Reformen wirklich zur Tat werden, soll sich der soziale Gedanke in der Beschäftigung noch weit mehr als bisher durchsetzen, so müssen vor allem die Beamtinnen lernen, daß sie ihr Schicksal selbst in der Hand haben. Nur wenn eine überwiegende Mehrheit sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstage sich durchsetzen kann, können auch die Beamtinnen zu ihrem Recht, erkämpfen sie sich gegen die stets reaktionär gerichteten Bestrebungen der einstigen Nachbarn ihre volle Gleichberechtigung als Staatsbürger, die Wertung ihrer Leistungen nach dem Maßstab der Nützlichkeit und nicht nach dem Geschlecht.

Die alte Sozialdemokratische Partei kämpfte von je für die Gleichberechtigung der Frauen, für die Rechte der Unterdrückten und Schwachen. Sie ist nicht nur eine Partei der Arbeiter, sondern eine Partei der Arbeitenden aller Berufe. Sozialismus ist helfende, tragende Gemeinschaft. Wer den Gedanken des Sozialismus ganz zu Ende denkt, für den gibt es keine Frage mehr, wen er zu wählen hat. Er gibt seine Stimme der alten Sozialdemokratischen Partei, die den sozialen Gedanken am reinsten zu verwirklichen trachtet und dabei den realen Dingen des Lebens doch nicht Gemacht antut. Keine Partei kann jemals reiflos und auf die Dauer befriedigen, nur wenn sie getragen wird von einer ethischen Grundidee, bleibt sie lebensfähig. Nicht in der Vergangenheit liegt das Heil, sondern im zukunftsfrohen Vor-

wärtschreiten. Im Beamtentum liegt soviel sittliche Kraft, soviel stumm-bezeichnende Größe, sie darf nicht vergetzt werden im nutzlosen Kampf für überlebte Ideale. Darum, Ihr Beamtinnen, stellt Euch in den Dienst der jungen Republik, stimmt am 6. Juni sozialdemokratisch!

Beratungen über die Wirtschaftskrise.

Tagung des Wirtschaftsrats.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium eröffnete gestern seine große Aussprache über die durch die Valutaabesserung eingetretene Geschäftssituation und die dadurch geschaffene Wirtschaftslage. Reichswirtschaftsminister Schmidt führte etwa folgendes aus:

Die Umstellung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft konnte nicht nach einem starren System volkswirtschaftlicher Grundzüge erfolgen, sondern nur nach allgemeinen Richtlinien. Es ist leichter, die Frontlinie festzusetzen, als das allein richtige Heilmittel zu finden. Ein typischer Beweis hierfür ist der Bergbau. Die alte Schule hat angeregt, die Bergleute mit Gewalt zur Arbeit zu zwingen. Wir haben versucht, die Belegschaften zu beleben, und auf diesem Wege einen durchaus beachtenswerten Erfolg erzielt. Einer Belegschaftsziffer von Ende 1918 mit 629 000 Mann im Steinkohlenbergbau stand Ende Januar 730 000 Mann gegenüber. Bis zum April ist diese Zahl noch erheblich gestiegen. Auch im Transportwesen hatten wir mit schlimmen Verhältnissen zu rechnen.

Am schlimmsten traf unsere Volkswirtschaft aber der Mangel einer Kontrolle für Ein- und Ausfuhr. Es war indessen völlig unmöglich, eine Kontrolle durchzuführen, solange das Loch im Westen bestand. Die Folge dieses Loches war die ungehemmte Einfuhr von Luxusartikeln aller Art und eine planlose Verchiebung unserer ganzen wirtschaftlichen Kräfte. Dazu kam die Einführung des Goldzolles und die Ablehnung der Entente, den Goldzoll anzuerkennen. Noch vor kurzem, nach Einführung der Kontrolle, ist in einem Monat und an einer Auktionsteile Ware im Werte von elf Millionen beschlagnahmt worden.

Um diese Verhältnisse zu ändern, haben wir Selbstverwaltungskörper geschaffen, aber leider hat sich auch in diese die Bureauplatte eingeschlichen, aber diesmal diejenige, die aus den Erwerbskreisen selbst erwächst. Hierfür ist indessen das Reichswirtschaftsministerium nicht verantwortlich.

Die ungeheuren Konjunkturgewinne.

Die selber hier erzielt wurden, sind eine ganz unerfreuliche Erscheinung. Es wurde gegen das Reichswirtschaftsministerium der Vorwurf erhoben, daß es nicht rechtzeitig Maßnahmen getroffen hat, um einen Teil dieser Gewinne für die Allgemeinheit zu eröffnen. Aber auch hier waren enorme Schwierigkeiten zu überwinden. Solange das Loch im Westen bestand, waren sie ganz unmöglich. Wir sind dazu übergegangen, die unabweisbar begründeten Ausfuhrabgaben durchzuführen. Aber wir sind damit sehr spät gekommen. Ich siehe auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß man zunächst ohne alle Rücksichten für eine Verringerung der Ernährung der Bevölkerung — namentlich der Arbeiterklasse — sorgen muß.

Eine recht unerfreuliche Erscheinung war auch die Geldflut nach dem Auslande. Eine Kontrolle hierüber war aber, wie nur allzu erklärlich ist, aus technischen Gründen nicht reiflos möglich.

Mit der Besserung der Valuta haben wir gleichzeitig vielfach ein Sinken der Preise im Ausland zu verzeichnen. Für Baumwolle ist der Preis in England um 10 Proz. gefallen, in Deutschland um 55 Proz. Die Wolle ist in England um 15 Proz. gestiegen, in Deutschland um 68 Proz. gefallen. Kupfer ist gesunken in England um 18 Proz., in Deutschland um 65 Proz.

Diese Erscheinungen müssen natürlich in unserem Wirtschaftsleben eine ungeheure Wirkung auslösen, namentlich dort, wo die Inlandspreise sich den Weltmarktpreisen genähert haben. Dort muß die Lage sich jetzt geradezu katastrophal gestalten. Wo wir jetzt noch eine gewisse Spannung zwischen Inlands- und Auslandspreisen haben, können wir uns die Sache noch mit ansehen. Deshalb haben wir uns auch dagegen gestraubt, den Kohlenpreis an den Weltmarktpreis heranzubringen. Denn dann hätten wir jetzt fünfmal so hohe Kohlenpreise. Welche Wirkung diese hätten, kann man sich leicht ausmalen.

Die ungeheure Ueberkapitalisierung der Wirtschaft war das Verheerendste, was geschehen konnte. In einigen Fällen hat der Zwang dazu geführt, Kapitalerhöhungen vorzunehmen. So aber die Unternehmer Auflagen von 50 und 100 Proz. genommen haben, müssen Schwierigkeiten eintreten, wenn die Markt weiter steigt. Die Unternehmer sind aber selbst daran schuld, indem sie den Zustand der Ueberkapitalisierung herbeiführten.

Die gegenwärtige Kaufunlust kann man nicht als verberächtig bezeichnen, denn sie wird am ehesten auch im Kleinhandel die Preise herabdrücken.

Wir werden alles aufheben müssen, um die gegenwärtige Krise in ihrer Wirkung zu mildern. Wir müssen durch sie hindurch, um zu gefunden Verhältnissen zu kommen. Der Preisrückgang ist notwendig und seine Folgen müssen überwunden werden.

Wir können nicht anders aus der Krise herauskommen, als daß wir die Preise in Einklang bringen mit den natürlichen Herstellungskosten der Waren. Auf die Außenhandelsabgaben müssen wir bestehen. Vielleicht sind sie in einzelnen Artikeln zu hoch, Ueber die Höhe läßt sich reden. Von einer gänzlichen Aufhebung kann aber nicht die Rede sein.

Die Konzentration aller finanziellen Notwendigkeiten in den Vereinigten Staaten, wie sie sich im Laufe des Krieges herausstellte, muß geradezu zur

Bildung von Weltmarkt

führen. Man ist drüber auf dem besten Wege dazu. Wir selbst werden in eine gewisse Abhängigkeit von diesen Zuständen kommen. Diese großkapitalistische Organisation bildet gegenüber dem geschwächten Deutschland eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Aber auch England hat gewaltige Kräfte in sich aufgesammelt. Sein Kolonialreich gibt ihm die sichersten Rohstoffquellen und sichere Absatzquellen in die Hand. Wir sind in unserem Rohstoffbezug abhängig und nicht minder in unserem Absatzgebiet. Man hofft in Frankreich, von Deutschland den Erfolg der französischen Kriegskassen zu erhalten. Sie müssen sich helfen wie der Blinde und der Lahme. Aber die Stimmung im französischen Volk ist hierfür nicht günstig.

Größere Zusätsen bietet eine Annäherung an den Osten. Das ist sicher: Der internationale Kapitalismus wartet nur darauf, seinen Einzug in Rußland zu halten, ob mit oder ohne Bolschewismus.

Kommen wir aus der jetzigen Krise heraus, so haben wir auch die Möglichkeit, mit der Zwangswirtschaft aufzuhören; an der Zwangswirtschaft hat niemand Freude. Wirben wir

vor politischen Erschütterungen bewahrt.

dann werden wir auch zu einer Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage gelangen.

In der Aussprache wurde von Vertretern der weiterverarbeitenden Industrie und des Außenhandels betont, daß die Ausfuhrabgaben für einen Teil unserer Produktion eine Erschöpfung des Exportes bedeuten. Dagegen nahm jedoch Herr Umbreit für die deutschen Gewerkschaften Stellung, der sich gegen eine Aufhebung der Ausfuhrabgabe wandte.

Dr. Walter Rathenau forderte einen organischen Aufbau der Wirtschaft, der seinen Ausgang nehmen müsse von einer Besserung der Transportverhältnisse, von einer Verbilligung der Arbeiterkraft und von einer rationellen Betriebsweise in der Produktion.

Vertreter der Leder- und Schuhindustrie wählten sich gegen die Annahme, daß die Leder- und Schuhpreise zu hoch seien. Die Beratungen werden fortgesetzt.

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Ja, selbst wenn er daran verlor, wollte Brede verkaufen, was sollte er mit einem Grundstück! Er sehnzte sich wieder ins Dorf hinunter, nach Reichsinn, Klatschereien und dem Auslaufen — dahin sehnzte er sich, anstatt ruhig hier zu schlafen und zu wirken und die große Welt zu vergessen. Ach, hätte er die Weihnachtsfeier mit dem Nichtenbaum, oder das Nationalfest am festgebrannten Rai oder die Wohltätigkeitsverkäufe im Gemeindefest vergessen können! Er liebte es ja über alles, mit den Leuten zu schwätzen, sich nach Neuigkeiten zu erkundigen, aber mit wem hätte er sich hier auf den Mooren unterhalten können? Jünger auf Sellanraa hatte eine Weile Anlage dazu gezeigt, jetzt war sie wieder ganz anders geworden, wieder ganz wortlos.

Nein, er hatte sich selbst auf die Seite gestellt, als er das Dorf verließ. Jetzt sah er mit Eifersucht, daß der Schultheiß einen andern Gerichtsboten und der Doktor einen andern Kutscher hatte; er war von den Menschen, die ihn brauchten, fortgelaufen, jetzt, wo er nicht mehr zur Hand war, behielten sie sich ohne ihn. Aber so ein Gerichtsbote und so ein Kutscher! Eigentlich müßte er — Brede — mit Wagen und Pferd ins Dorf zurückgeholt werden!

Aber da war nun Barbro, und warum hatte er denn versucht, sie auf Sellanraa unterzubringen? O, das hatte er nach reiflicher Ueberlegung mit seiner Frau getan. Wenn alles richtig ging, so hätte das Mädchen da Aussichten für die Zukunft gehabt, ja vielleicht wären da Aussichten für die ganze Familie Brede gewesen. Die Haushälterinnenstelle bei zwei Junggefellern in Bergen war ja schon recht, aber Gott möchte wissen, was Barbro da schließlich bekam? Barbro war ja hübsch und auf ihren Vorteil aus, sie hätte vielleicht hier bessere Gelegenheiten, vorwärts zu kommen. Es waren zwei Söhne auf Sellanraa.

Aber als Brede merkte, daß dieser Plan fehlschlug, daüt er sich einen andern aus. O, im Grunde war es wirklich nichts Erstrebenswerteres, als Jünger verwandt zu werden, mit einer befristeten Person, es gab noch andere Vurscher als die auf Sellanraa! Da war nun Axel Ström. Er hatte Fort und Gamme, er war ein Mann, der schaffte und sparte und sich allmählich Vieh und andere Besitztümer aneignete, aber

keine Frau und keine weibliche Hilfe hatte. „Das kann ich dir sagen, wenn du Barbro bekommst, so hast du alle Hilfe, die dir not tut!“ sagte er zu Axel. „Und hier kannst du ihre Photographie sehen,“ sagte er.

Ein paar Wochen vergingen, dann kam Barbro. Ja, Axel war nun schon mitten in der Seuernte, er mußte bei Nacht mähen und bei Tag wenden und hatte alles allein zu leisten; aber nun kam Barbro. Sie kam wie ein wirkliches Geschenk. Es zeigte sich auch, daß sie arbeiten konnte; sie schauerte das Weidwerk, wusch die Kleider und kochte das Essen, sie melkte die Tiere und half draußen beim Seuerachen, ja wohl, sie war mit draußen beim Feu und trug es mit herein, es fehlte nicht. Axel entschloß sich, ihr einen guten Lohn zu geben, er gewann doch noch dabei.

Sier war sie nicht nur die Photographie einer feinen Dame. Barbro war groß und schlank, sie hatte eins etwas heilere Stimm, zeigte Reife und Erfahrung in vielem und wat durchaus keine Neukonfirmierte. Axel begriff nicht, warum ihr Gesicht so mager und elend aussah; „Ich sollte dich eigentlich vom Ansehen kennen, aber du gleichst deiner Photographie gar nicht.“ — „Das kommt von der Reife,“ erwiderte sie. „Ja und von der Stadtluft.“ — Es dauerte auch nicht lange, da wurde sie wieder rund und hübsch, und sie sagte: „Blau mir, so eine Reife und so eine Stadtluft, die zehren tüchtig an einem!“ Sie spielte auch auf die Verhältnisse in Bergen an — da müsse man sich in acht nehmen! Aber während sie sich weiter unterhielt, sagte sie, Axel solle sich auf eine Zeitung, eine Bergener Zeitung abonnieren, damit sie auch sehen könne, was in der Welt vorgehe. Sie sei jetzt ans Lesen, an Theater und Musik gewöhnt, hier sei es sehr einsam, sagte sie.

Da Axel Ström mit seiner Sommeraushilfe so Geld gehabt hatte, abonnierte er auf die Zeitung und erkug auch die Familie Brede, die recht oft auf seine Anfuhrung kam und da oft und tranl. Er wollte seinem Dienstmädchen Freude machen. Nichts konnte beaglicher sein, als die Sonntagabende, wenn Barbro die Saiten ihrer Gitarre schlug und mit ihrer etwas heiseren Stimme dazu sang; Axel war über die fremden hübschen Lieder und daß wirklich jemand auf der Anfuhrung bei ihm war und sang, fast verblüht.

Im Laufe des Sommers lernte er Barbro allerdings auch von anderen Seiten kennen, aber im großen und ganzen war er zufrieden. Sie war nicht ohne Launen, und sie konnte

rasche Antworten geben, etwas zu rasche. An jenem Sonnabend, wo Axel notwendig ins Dorf hinunter zum Kaufmann mußte, hätte Barbro das Vieh und die Stute nicht verlassen und auch alles andere nicht einfach im Stich lassen dürfen. Die Ursache dazu war ein kleiner Streit gewesen. Und wo war sie hingegangen? Nur nach Hause, nach Breidablid, aber trotzdem. Als Axel in der Nacht zurückkam, war Barbro nicht da, er verlor die Tiere, ah und ging schlafen. Gegen Morgen erschien Barbro. — „Ich wollte wieder einmal fühlen, wie es einem in einem Haus mit einem Bretterboden zumut ist,“ sagte sie recht höhnisch. — Darauf konnte Axel eigentlich nichts erwidern, denn er hatte ja nur eine Torfhütte mit einem Lehm Boden, aber er antwortete, er habe immerhin auch Bretter und werde wohl auch einmal ein Haus mit einem Bretterboden haben! — Da war es, als gebe sie in sich; nein, schlimmer war Barbro nicht, und obgleich es Sonntag war, ging sie rasch in den Wald, holte Wacholderzweige für den Lehm Boden und machte ihn hübsch.

Aber da sie so ausgezeichnet und von Bergen gut war, mußte ja auch Axel mit dem hübschen Kopfstuch heranzukommen, das er am vorbegehenden Abend für sie gekauft hatte; er hatte eigentlich gedacht, er wolle es aufheben, um ordentlich etwas von ihr dafür zu erreichen. Aber nun gefiel es ihr sehr gut, sie probierte es sofort an, ja sie fragte ihn, ob es ihr nicht gut stehe. O doch, sehr gut, aber sie könnte gleich sein Felleisen auf den Kopf setzen, es würde ihr auch stehen. Da lächelte sie und wollte auch recht liebenswürdig sein, deshalb sagte sie: „Ich gebe lieber mit diesem Kopfstuch in die Straße und zum Abendmahl als im Hut. In Bergen trugen wir ja alle Hüte, ja, ausgenommen die Dienstmädchen, die vom Lande hereinkamen.“

Bieder lauter Freundschaft! Und als Axel mit der Zeitung heranzukam, die ihm auf der Post mitgegeben worden war, setzte sich Barbro hin und las die neuesten Nachrichten von der Welt draußen; von einem Einbruch bei einem Goldschmied in der Strandtröke von einer Schlägerei zwischen Zigeunern, von einer Rindleiche, die in der Stadtfjord hereingetrieben und in ein altes, unter den Armen quer abge schnittenes Hemd eingewickelt gewesen war. „Wer kann nur das Kind hinausgemorfen haben?“ fragte Barbro. Aus alter Gewohnheit las sie auch noch die Marktpreise.

Und die Zeit verging. (Fortf. folgt.)

Stadtverordnetenversammlung.

Nachprüfung der Lustbarkeitssteuer. — Berlins Stromversorgung.

Zu Beginn der heutigen Sitzung führt Oberbürgermeister Bismuth den Stadtrat (II. Sog.) in das Amt eines unbeschäftigten Stadtrats als Nachfolger Emanuel Burms ein.

Die Nachtragsvorlage betr. den Abschluß eines Manteltariffs und eines Vergütungstariffs für die Hilfskräfte wird ohne Erörterung einem sofort vom Vorstände ernannten Ausschuss überwiesen, der in der nächsten Sitzung Bericht erstatten soll.

Die Bewilligung einer Dienstaufwandsentschädigung an die Vorstehenden der Gemeindeforschungsstelle, wie sie in Höhe von 30 M. monatlich ab 1. Oktober 1919 gewährt werden soll, wird ohne Erörterung ausgesprochen.

Der Bewilligung von 80.000 M. für 1200 Exemplare eines von der Stadt herauszugebenden Werkes über die Kriegsgeschichte der Stadt Berlin widerspricht Cassel (Dem.) mit nachdrücklichem Hinweis auf die elende Finanzlage und die angingende Notwendigkeit parlamentarischer Wirtschaft. — Während der Oberbürgermeister für Ausschuhberatung plädiert, lehnt Koch (Vg. Vgg.) auch diese und die Vorlage selbst unter scharfen Angriffen auf die Stadtwirtschaft entschieden ab. — Bruns (Sog.) beantragt zur näheren Prüfung der Vorlage Ausschuhberatung, der jetzt auch Cassel zustimmt. — Hingz (II. Sog.) repliziert auf Koch und empfiehlt ebenfalls einen Ausschuh. Die Einsetzung wird beschlossen.

Die 4 Marmorgruppen der Velle-Alliance-Brüder beschließen die Magistrat im Friedrichshain um die Hüfte Friedrichs des Großen herum aufstellen zu lassen. Dem wird zugestimmt.

Anlässlich einer Forderung von 5000 M. zur Miete von Räumen im „Jägerheim“, Chausseestr. 1, für Zwecke der Studentenspeisung durch die Quäler

spricht der Vorkämpfer Heiman den englischen und amerikanischen Quälern, den Mitgliedern der Hilfsarmee und den übrigen beteiligten Organisationen den warmen Dank für ihr Liebeswerk aus, das nicht nur unmittelbar den größten Segen stiftet, sondern auch beweist, daß hier wahre Freunde der Menschheit am Werke seien, die die Menschen nicht nach Rationen klassifizieren; das damit gegebene Beispiel müsse beschönigt und erhebt werden. Namens der Versammlung ersucht er auch den Magistrat, den genannten Organisationen den Dank der Stadt Berlin auszusprechen.

Stadtschulrat Dr. Fischer stimmt diesen Ausführungen aus vollem Herzen zu. — Die Vorlage wird angenommen.

Hierauf werden die vorliegenden Initiationsentwürfe beraten. Am 18. Mai haben die II. Sog. beantragt, mit Rücksicht darauf, daß

die bisherigen Ergebnisse der Lustbarkeitssteuer eine schwere Gefährdung der Kunstpflege in Berlin befürchten lassen, den Magistrat zu ersuchen, in eine Prüfung der beschlossenen Steuerentscheide einzutreten.

Der Antrag wird von Dr. Weinberg ausführlich begründet. Die Steuer würde geradezu verhängnisvoll. Der Rückgang der Einnahmen der Theater sei enorm, steige in einzelnen Fällen auf über 50 Proz.; die wertvollsten Stücke hätten die stärkste Zuschauerminderung aufzuweisen; das ganze Kulturniveau Berlins werde durch die Steuer herabgedrückt. Einzelne Theater hätten jährlich mehrere Millionen an Steuer zu leisten, mehr als das ganze Bruttoeinkommen! Mit Recht könne man bereits von einer

Erdrückung des Berliner Kunstlebens reden. Diese Form der Lustbarkeitssteuer sei ein Schandbürgerrecht.

Kämmerer Böhm bemüht sich, die Argumente des Antragstellers zu entkräften. In den drei Monaten hätten noch keine Erörterungen gesammelt werden können. Die Platzpreise seien noch Einführung der Steuer ganz unverhältnismäßig erhöht worden; daneben spiele eine Menge anderer Faktoren bei dem Rückgang des Theaterbesuchs eine Rolle. Eine Revision der Sache werde stattfinden, sobald die bezügliche Reichsgesetzgebung zum Abschluß gekommen sein werde.

Herrmann (Sog.) ist bereit, auf den Boden des Antrags Wehl zu treten. Ob aber die Kunstpflege gefährdet sei, müsse erst geprüft werden. Man möge daher den Antrag ohne die ihn einleitende Erwägung annehmen.

Nach weiterer Erörterung wird der Antrag Wehl gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt und darauf einstimmig die von Herrmann empfohlene Fassung angenommen, wonach der Magistrat in eine

Nachprüfung der Steuer, insbesondere der Höhe der Sätze und der Art der Erhebung einzutreten soll.

Ein Antrag aus den Reihen der Demokraten, den Magistrat zu ersuchen die Hilfsstelle beim Berliner Polizeipräsidium, die vom Berliner Frauenbund unterhalten wird, in häusliche Verwaltung zu übernehmen und auszulagern, wird von Frau Friedenthal begründet. Frau Ködiger, (V. Sog.) befasst vorerst, ein Pflegeamt für die Prostituierten zu schaffen. Stadtmagistrat Weber hält es für zweckmäßiger, diese Institution durch das künftige Groß-Berlin erlöschen zu lassen. Frä. Dr. Wogodjinski (Sog.) tritt jeder Vergütung entgegen; es handle sich darum, eine der dringlichsten Kulturaufgaben für Berlin zu lösen. Ähnlich äußert sich Frau Dr. Wehl (II. Sog.). Von den Demokraten sprechen noch Rosenow für, Dove namens einer Minderheit aus den vom Magistratsdirektor entwickelten Gründen gegen den Antrag. Letzterer wird angenommen.

Ein Ritter (Sog.) gibt die Begründung für den Antrag vorläufig, den Magistrat zu ersuchen, bei den in Betracht kommenden Stellen sofort alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die

Strombelieferung mit Fernstrom für Berlin sicherzustellen. Er bezieht sich auf die Pressenachrichten, wonach das Werk Solpa in seinem Betriebe durch den Kohlemangel gefährdet sei und fragt, wie es um die Belieferung für den nächsten Winter stehe.

Stadtrat Hamburger beschäftigt, daß die Situation keine besonders günstige ist. Selbst die Belieferung aus Solpa im bisherigen Umfang sei in Frage gestellt. Das Reich könnte helfen, wenn es die geplante Fernstromleitung aus dem Spremberger Gebiet schneller ausbaue. Der Magistrat sei unausgesetzt um die Befreiung der Lage bemüht. — Dr. Levy (Dem.) spricht für den Antrag; die Versorgung Berlins mit Fernstrom müsse verstärkt werden. — Hingz (II. Sog.): Die Lage scheint sich nach allem für Berlin im nächsten Winter noch tröstlicher zu gestalten als im vorigen. Der Staat ist eben mit der Sozialisierung der Energie nicht kräftig genug vorgegangen. Die Versammlung nimmt den Antrag an. Schluß 9 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Die Jugendgenossen treffen sich regelmäßig am Sonnabend, 5 1/2 Uhr, sowie Sonntag, 9 1/2 Uhr vorm. und 1 1/2 Uhr nachmittags, zur Wahlpropaganda im Jugendheim, Köpenickerstr. 4, dort 1 Treppe.

Wetterausrichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Kühl und überwiegend bewölkt mit niederholten, östlich der Ober vielach harten, weiter im Westen schwächeren Regenschauern und lebhaften nordwestlichen Winden. Zeitweise aufklaren.

Reaktion oder Demokratie?

In dieser Frage fällt am kommenden Sonntag das deutsche Volk die Entscheidung. Sie muß zugunsten der Demokratie, die allein

dem Sozialismus die Wege ebnet

kaun, anfallen. Noch einmal werden

heute um 7 Uhr abends

die Arbeiter Berlins in

9 öffentlichen Versammlungen der S. P. D.

zu dieser Frage Stellung nehmen. Pflicht aller Wähler und Wählerinnen, die es ernst nehmen mit der

Erfüllung ihrer höchsten Staatsbürgerpflicht,

ist es, in den folgenden Versammlungslokalen zu erscheinen:

Taschenhändlerbräuerei, Turm- u. Sde Stromstraße, Tharand-Säle, Müllerstr. 142, Gewerkschaftshaus, Enckeulder 15, Königshaus, Gr. Frankfurter Str. 117, Andreas-Gestalt, Andreasstr. 20, Königshaus-Casino, Holzmarktstr. 72, Pläthner-Saal, Dägelstr. 70, Aula, Schönhauser Str. 7, Aula, Schönhauser Allee 168a.

Referenten: Dittmer, Richard Fischer, Groger, Bohm-Schuch, Heinig, Feimann, Heschold, Hoppe, Niedger, Ritter, Schlegel, Rob. Schmidt.

Außerdem finden

um 7 1/2 Uhr in den Vororten

folgende Versammlungen statt:
Steglitz: Oberrealschule, Eilisenstraße. Referent: Genosse Konrad Gaernisch.
Nieder-Schönheide: Restaurant Loreley. Referent: Genosse Dr. Cohn.
Johannisthal: Lokal Senfleben, Friedrichstraße. Referent: Genosse Karl Vermuth.
Zentrum: Neues Gesellschaftshaus. Referent: Genosse Max Vietz, M. b. S.
Tropien: Paradiesgarten. Referent: Genosse Johann Söh.
Friedenau/Schöneberg: Väteraal des Friedenauer Rathauses. Genosse Dr. Cassan. Referent im Reichswirtschaftsministerium.
Grünwald: Aula des Real-Gymnasiums, Caspar-Debit-Strasse, Sde König-Allee. Referent: Genosse Senaktionsrat Dr. Recklin.
Wannsee: Restaurant Reichsadler, Königstraße. Referent: Genosse Robert Brenner.
Weißensee: Restaurant Albrechtshof, Parkstr. 18. Referent: Genosse Theodor Kadelitz.

Reinickendorf-West: Hartmannsbräuerei, Schornweberstr. 101/104. Referent: Genosse Louis Branner, Vorsitzender des Eisenbahnerverbandes.

Karlshorst: Deutsches Haus. Referent: Genosse Rudolf Wisel.
Reinickendorf-Ost: Schönholz, Kasanienwäldchen. Referent: Genosse Stadtrat Koblentz.

Nieder-Schönhausen: Schloß Schönhausen, Lindenstraße. Referent: Genosse Graumann (Gewerkschaftsbund).

Lichtenberg: Eichen-Heim, Raitzstr. Referent: Gen. Dr. Striemer.
Jahns-Real-Gymnasium, Marktstraße. Referent: Gen. Hermann Müller.

Wittenau: Lokal Schulz-Festhalle, Oranienburger Straße 88/89. Referent: Genosse Fr. Stampfer.

Dahlemburg: Hädel, Basewalker Straße 68. Referent: Genosse Fritz Drolat.

Kaulsdorf: Turnhalle, Köpferstraße. Referent: Genosse Dr. Holz.

Pankow: Restaurant Aurfürsten, Berliner Straße. Referent: Gen. Paul Hirsch.

Hohenschönhausen: Schulaula, Ködernstraße. Referentin: Genossin Marie Juchacz.

Friedrichshelde: Oberlands-Festhalle, Wilhelmstr. 88. Referent: Genosse Kreyziger.

Buch: Gilsert, Bahnhofstraße 1. Referent: Genosse Dr. Bendiner.

Blumentberg: Ege, Dorfstr. 1. Referent: Genosse Walter Israel.

Wilmerdorf: Restaurant Abingau, Singer Straße 1/2. Referent: Genosse Heischold. — Lokal Schramm, Hildegardstraße. Referent: Genosse Franz Krüger.

Neukölln: Neue Welt. Referent: Genosse Reichskanzler Müller.

Charlottenburg: Volkshaus, Köpenickerstr. 8. Referent: Genosse Dr. Restriepke.

Schöneberg: Volkshaus-Schule, Barbarossaplatz. Referent: Genosse Lehnerdt. — Richte-Realschule, Kolonnenstraße. Referent: Genosse Eduard Bernstein.

Hohen-Reudorf: 8. Udr. bei Merten, Berliner Straße 91. Referent: Genosse Horst-Berlin.

Bernau: Elythum. Referent: Genosse Dr. Hirsch-Berlin.

Lichterfelde: Aula Oberrealschule. Referent: Genosse Bürgermeister Dr. Ostrowski.

Männer und Frauen! Auf zum letzten Appell! Befestigt die

Niederlage der Reaktion!

Erlämpft den

Sieg des Sozialismus!

Groß-Berlin

An alle!

Kriegsbegehre, Kranjunker, Kriegsgevinner, Dyzantiner und Kapp-Genossen — wählt deutschnational!

Die Dankbarkeit gebietet auch, nur dieser Partei, die den Krieg vorbereitet und verloren, auch eure Heilsgewinne beschafft und den Putschversuch zu eurer Rettung unternommen hat, die Stimme zu geben!

„Gerren im Hause“, Schwerindustrielle, Schieber, Bucherer, Etappengewinner, Leuteschinder, Balkunmer, verachtete Generale, Revanchepolitiker — ihr seid es eurem Stiefmann schuldig, Deutsche „Volls“-partei zu wählen!

Unklare, Halbentschlossene, Hausbesitzer, Kleinbürger, angeblich „bessere“ Mittelstand, Bärjennänner und Dickschortelbesitzer — wählt deutschdemokratisch!

Berufstätige in Stadt und Land, Arbeiter und Bauern, Kopfarbeiter und Beamte, Arbeitnehmer und Verbraucher —

Alle Schaffenden und Zukunftslosen wählen am 6. Juni die Partei, die länger als ein halbes Jahrhundert für Frieden, Freiheit und Brot gekämpft hat:

die Sozialdemokratie!

Zur Stadtverordnetenwahl.

Die Einteilung der Stimmbezirke und die Auswahl der Wahllokale entspricht für die Gemeindevorstände der Reichstagswahl. Beim leitenden Wahlkommissar müssen bis zum 10. Juni Stadtmahlvorläge, beim Kreiswahlkommissar bis spätestens 6. Juni Kreis- und Bezirksverordnetenwahlvorläge eingereicht sein, und zwar für jeden Wahlkreis bzw. jeden Verwaltungsbezirk besonders. Die in einem Kreiswahlvorläge benannten Bewerber dürfen auch in dem angehängten Stadtmahlvorläge (S. 6 Nr. 1 Bf. 8 des Gesetzes vom 27. April 1920) benannt werden. Die Benennung in einem Stadt- oder Kreiswahlvorläge schließt die Benennung in einem Bezirksverordnetenwahlvorläge nicht aus.

Verbindungen der Kreiswahlvorläge sind abweichend von den Bestimmungen zur Reichstagswahl unzulässig. Die in den Kreiswahlvorlägen nicht verzeichneten und nicht berücksichtigten Stimmen können dem angehängten Stadtmahlvorläge zugerechnet werden, wenn der Stimmzettel eine entsprechende Zusatzerklärung enthält. Stadtmahlvorläge und Bezirksverordnetenwahlvorläge — diese nur innerhalb desselben Verwaltungsbezirks — dürfen sich nicht miteinander verbinden. Die Angabe über die Verbindung mehrerer Bezirksverordnetenwahlvorläge ist beim Kreiswahlkommissar, die Erklärung über den Anknüpfung eines Kreiswahlvorläges an einen Stadtmahlvorläge und die Angabe über die Verbindung mehrerer Stadtmahlvorläge sind (sämtlich bis zum 10. Juni ca.) beim leitenden Wahlkommissar eingereicht.

Dem leitenden Wahlkommissar ist eine Vereinfachung des Stimmzettels angeordnet worden. Hierfür ist die Verwendung eines Stimmzettels für beide Wahlen, zur Stadtverordnetenversammlung und zur Bezirksversammlung, zulässig, wenn der Stimmzettel neben der Parteibezeichnung die für dessen Gültigkeit erforderlichen — vom leitenden Wahlkommissar näher bezeichneten — Angaben enthält. Der (in Berlin vom Wahlraum des Magistrats, S. 2, Stadtmahl Vor. 44/45) auf Gruppen auszufüllende Wahlschein dient nicht dem gleichen Zweck wie der Reichstagswahlschein, der infolge der Beschränkung der Wahllokale an Orte zur Stimmabgabe in jedem Wahlkreis und in jedem bezirksigen Stimmbezirk berechtigt. Vielmehr soll der Stadtmahlwahlschein empfangenden Kriegsbeschädigten, Heimkehrern, Kriegs- und Zivilgefangenen sowie Flüchtlingen aus den verlorenen oder besetzten Gebieten das Wahlrecht deshalb sichern, weil sie durch ihre unfreiwillige Abwesenheit vom Wohnort und die damit verbundene spätere Rückkehr die zur Ausübung des Wahlrechts erforderliche Anwesenheitsfrist von einem Jahr (im neuen Berlin) schuldlos nicht erreichen können. Sie können mit diesem Wahlschein aber nur in einem Stimmbezirk ihres Wohnortes, dessen Gemeindebehörde den Wahlschein ausgestellt hat, wählen.

Schon wieder ein Mord.

5000 Mark Belohnung.

Ein Kapitalbesitzer wurde Donnerstag mittag in der Sitzungsstraße 25 erstochen. Hier wohnte im 2. Stock des Koenigsbades ein 45 Jahre alter Kaufmännischer Alfred Reiser. Der Angefallene fand heute morgen seinen Einlaß. Er lag durch einen Schloßer offen und fand nun in dem ersten Zimmer, das auch als Schlafraum diente, alle Bekleidungsgegenstände, Spinn usw. durchwühlt. Im zweiten Zimmer lag Reiser mit dem Rücken auf dem Teppich neben einem anderen, den er wohl einem Fremden ausbreitet und gezeugt haben mag. Kopf und Wange waren ihm aufgerissen, Papieren und dergleichen lagen umher. Auch im dritten Zimmer, dem besten, in dem besonders die Selbstbilder hingen, sah es wüst aus. Auch hier waren die Bekleidungsgegenstände zerbrochen. Der Anschlag scheint erschlagen oder erstochen worden zu sein. Genauer kann die Todesursache erst durch nähere Beschäftigung festgestellt werden. Teppiche oder dergleichen scheinen nicht zu fehlen. Der Mörder hat es wahrscheinlich nur auf bares Geld abgesehen gehabt. Viel aber wird ihm wohl auch nicht in die Hände gefallen sein, weil Reiser alles bare Geld, das er einnahm, gleich wieder zu Einkäufen benutzte.

Auf die Meldung von dem Verbrechen erschienen am Tatort gleich der Chef der Kriminalpolizei Obergregierungsrat Hoppe, der Gerichtsrat Professor Dr. Strauch, der Leiter des Erkennungsdienstes Kriminalkommissar Dr. Schneider und Kriminalkommissar Hoppe mit den Beamten des Nordberichtsdiensdienstes, um den Befund aufzunehmen und die Ermittlungen nach dem unbekanntem Täter sofort einzuleiten.

Es scheint, daß der Ermordete in seinen Geschäften auch mit zweifelhaften Elementen zu tun gehabt hat, und vielleicht ist in diesen Kreisen auch der Mörder zu suchen. Bemerkenswert ist, daß auch der Hund des Ermordeten einige Schläge oder Stiche auf den Kopf bekommen zu haben scheint. Er hat auf mehreren Verletzungen stark gebittet.

Der Ermordete selbst ist, wie die Leichenbesichtigung durch den Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch ergab, wahrscheinlich erst 14 Tage todt. Der Gerichtsarzt fand am früheren Verletzungen nur eine kleine Schnittwunde über dem linken Auge und zwei Kratzer im Gesicht. Diese Verletzungen sind nicht tödlich. Ob die Todesursache Erstickung oder Erstickung ist, kann erst die Obduktion feststellen. Auf Erstickung deutet hin, daß ein Teppichende über das Gesicht und den Hals des Körpers geschlagen war. Die Leiche wurde, nachdem der Erkennungsdienst die Identifizierung und den ganzen Befund photographisch festgelegt hatte, zur Obduktion nach dem Schauhaufe gebracht.

Die Leichenbestattungen durch die Kriminalkommissare Hoppe und Trellin, die sofort aufgenommen und den ganzen Nachmittag und Abend fortgesetzt wurden, ergaben bisher noch nichts Bestimmtes.

Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt worden.

Die Vorkämpfer Familienfragödie.

Am Donnerstag wurden die Leiden der Frau Minna Reimer und ihrer Aider Erna und Bruno von Medizinrat Dr. Pflieger und Professor Frankele obduziert. Die Untersuchung ergab, daß alle drei aus unmittelbarer Nähe getötet sein müssen, da sich Spuren von Pulvergasen in den Wunden befanden. Im Körper der Frau wurden auch Anzeichen dafür gefunden, daß die Gifte alle am Anfang nach vorher Gift zu sich genommen hat. Der Befund der Leiden verläßt den Verdacht, daß der Ehemann die entsetzliche Tat selbst verübt hat. Besonders auffällig erscheint, daß der tödliche Schuß bei der Ehefrau durch die Finger der rechten Hand gegangen ist. Hätte, wie der Ehemann behauptet, Frau R. die Tat selbst ausgeführt, dann hätte sie sich die Augen mit der linken Hand bedeckt und mit der rechten den Revolver abgefeuert. Es ist also damit zu rechnen, daß Frau Reimer sowie ihre Kinder von dritter Seite getötet worden sind. Nach dem einwandfreien Zeugenaussagen, die belagern, daß Reimer keine Familie auf dem Auszuge begleitet habe, kann kein Zweifel daran sein, daß der Ehemann und Vater als Täter in Betracht kommt. Vorläufig bestreitet Reimer jegliche Schuld und verbarrt bei seiner Aussage.

Heute, Freitag, findet die Juristische Sprechstunde nur von 3—5 Uhr statt, nicht von 3—6 Uhr.

Die Hilfskräfte des Berliner Magistrats demonstrieren Donnerstag nachmittag vor dem Roten Haus. Eine Demonstration wurde in die Stadtverordnetenversammlung gebracht, um gegen die Magistratsbesoldungsvorlage für die Hilfskräfte energisch zu protestieren. Der Führer der Demonstration, Heinrich, verurteilte dann den Magistratsbesoldungsvorlage des Ergebnisses der Verhandlungen mit den Stadtverordneten. Es sei die bestimmte Zustimmung gegeben worden, daß die Forderungen der Magistratsvorlage

nicht zustimmen, sondern den Forderungen der...
Wahlkommission gegen neue Straßenbahnen.

Der Wahlkommission gegen neue Straßenbahnen. Gegen den...
Wahlkommission gegen neue Straßenbahnen.

Dies gemacht wird. Der Zentralausschuss der...
Wahlkommission gegen neue Straßenbahnen.

Schau und Kunst. Das Kabarett im...
Wahlkommission gegen neue Straßenbahnen.

So ist im Juni-Programm nur vom...
Wahlkommission gegen neue Straßenbahnen.

Reichsbund der Kriegbeschädigten, Bezirk 3...
Wahlkommission gegen neue Straßenbahnen.

Marienthorl-Säbende. In der letzten...
Wahlkommission gegen neue Straßenbahnen.

Ihr Frauen und Mütter!

Wollt Ihr, daß ein neuer blutiger Krieg ausbricht, daß sich...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

22. Abt. (Egon-Oberl.) 7 Uhr bei Gott, Ausprobieren...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

27. Abt. 7 1/2 Uhr wichtige Konferenz sämtlicher Funktionäre...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

28. Abt. 7 Uhr bei Reiner, Konfir. 83: Sitzung der Bezirksleiter...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

29. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 4. und 5. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

30. Abt. 10 Uhr bei Reiner, Konfir. 83: Sitzung der Bezirksleiter...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

31. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 7. und 8. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

32. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 9. und 10. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

33. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 11. und 12. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

34. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 13. und 14. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

35. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 15. und 16. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

36. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 17. und 18. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

37. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 19. und 20. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

38. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 21. und 22. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

39. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 23. und 24. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

40. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 25. und 26. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

41. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 27. und 28. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

42. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 29. und 30. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

43. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 31. und 32. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

44. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 33. und 34. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

45. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 35. und 36. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

46. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 37. und 38. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

47. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 39. und 40. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

48. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 41. und 42. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

49. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 43. und 44. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

50. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 45. und 46. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

51. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 47. und 48. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

52. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 49. und 50. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

53. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 51. und 52. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

54. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 53. und 54. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

55. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 55. und 56. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

56. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 57. und 58. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

57. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 59. und 60. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

58. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 61. und 62. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

59. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 63. und 64. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

60. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 65. und 66. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

61. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 67. und 68. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

62. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 69. und 70. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

63. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 71. und 72. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

64. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 73. und 74. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

65. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 75. und 76. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

66. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 77. und 78. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

67. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 79. und 80. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

68. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 81. und 82. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

69. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 83. und 84. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

70. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 85. und 86. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

71. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 87. und 88. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

72. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 89. und 90. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

73. Abt. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung 91. und 92. Abt. Kula...
Wollt Ihr, daß eure Kinder noch weiter in eine Schule...

Aus aller Welt.

Die Anwesenheit der Entenkauffeure. Nach dem Ludwigshafener...
Aus aller Welt.

Am Freitag, den 1. Juni, feierten die Katholiken gestern...
Aus aller Welt.

Der Präsidentenwahlkandidat im Gegensatz. Der amerikanische...
Aus aller Welt.

Sport.

Dem Jocke W. Kolditz ist die Reizigkeit entzogen worden...
Sport.

Rennen zu Karibok. Donnerstag, den 3. Juni. 1. Ral...
Sport.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Banow. Am Freitag 250 Gramm Haselnüsse (23 und 29)...

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 4. Juni:

1. Abt. 7 Uhr Zusammenkunft aller Bezirksleiter und Wahlhelfer...

7. Abt. 10 Uhr bei Stegmund, Blücherstr. 37: zweite Klebkolonne...

15. Abt. 8 Uhr: Funktionärsversammlung bei Große, Blumenstr. 88...

25. Abt. Die Genossen werden gebeten, sich heute und morgen...

27. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Funktionäre und Vertrauensleute...

33. Abt. 6 Uhr: Jungblätternversammlung von den Wahlbezirklichen...

Wahlbüreau der I. Abteilung in Oberlandstraße 14, Zimmer 10...

Verbandsrat der S.P.D. der Gemeindebeamten pp. Groß-Berlin...

7 Uhr im Rulmbacher Biergarten, Dettstr. 22, wichtige Sitzung...

8 Uhr bei Knapf, Sachhof Volantier Garten: Vortrag über „Sozialistische Über...“

Richtung, Polizeibeamte! Alle Ob- und Vertrauensmänner der...

Tempelhof. Sämtliche Wahlhelfer und -helfer abends 7 Uhr zwecks...

Morgen 5. Juni:

8. Abt. Mittagsbesprechung bei Reiner, Vogelbergstr. 10a...

17. Abt. 6 Uhr bei Warrer, Coprdistr. 8: Sitzung der Funktionäre...

Kochschiff!
Am 28. Juni 1920 ver-
nach wird langjähriges
haus Genosse
August Vollbrecht
im Alter von 54 Jahren.
Wir verlieren bald einen
topfener Leben Genossen,
der uns allen in jedem
Wahlkampf für das Wohler-
gehen der Arbeiter ein
Muster gewesen ist, dem
nachzueifern, ist außer
Wahl ein Wunsch.
Die Einsegnung hat
bereits stattgefunden.
Obere letzten Wachen!
Die Genossen
der II. Abteilung der So-
zialdemokratischen Partei,
Berlin.

Dankagung.
Da es uns nicht möglich ist,
allen persönlich zu danken,
so legen wir unseren herzlichen
Dank an diesem Tage an
den Mann der Kaiser-Straße
107, 89 und 91 und
seiner wertvollen Hilfe bei der
berühmten Teilnahme beim Ein-
segnen unserer lieben Schöne
Walter unseren herzlichsten Dank.
Gleichzeitig herzlichsten Dank
für die freudigen Worte des
braven Mannes und dem Herrn
Reiner Siggelmann nach seinen
Schritten der Straße 60 I.
Familie Buck,
SO 28, Porzellanstr. 88.

Bekanntmachung
betreffend die Wahlen der Mit-
glieder zum Deutschen Reichstage.
Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die ernannten Wahl-
helfer und deren Stellvertreter und die Wahllokale, in welchen
die Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 stattfinden werden,
haben wir — nach der Berliner hiesigen Wahlstellen-
abgrenzung — am vergangenen Sonntag öffentlich mittels Schar-
sen und veranschauligten Karten öffentlich bekanntgemacht,
welche nach dem 6. Juni, erfolgen und am 6. Juni, wiederholt
werden. Wir machen hiermit den Einwohnern bekannt,
daß jeder Bürger mit dem Wahlrecht sein Wahlrecht
an der nächsten in seinem Wahlbezirk befindlichen Wahllokalität
auszuüben hat. Soweit Änderungen in den Wahllokale und
Wahlstellen sind, werden diese in den Wahllokale und
Wahlstellen bekanntgemacht werden. Außerdem wird am
6. Juni um 10 Uhr im Wahllokal ein Vortrag über die Bedeutung der
Wahllokale und die Abgrenzung derselben am Wahltag selbst
angestellt werden.
Berlin, den 2. Juni 1920.
Magistret.
J. E. Kiesel.

Kaffee
gedr. p. Pid. M. 29,50
" " " " 31,25
" " " " 33,25
Jones & Co.
BERLIN O. 2.
Neue Friedrichstr. 47.
Nordsee 4776.
Versand a. p. Nachnahme.
Spezialarzt
Dr. med. Grütering
Haupt- u. Frauen-Unterleib
h. Müll. u. Frauen-Blutunter-
Invalidenstraße 25, Ecke
Chausseestr. Stett. Btl. Sp.
11-1 u. 4/4-4/4, Sonnt. 12-1

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten
bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende
Aenderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein
gewaltiger Umschwung unserer Industrie und des
Handels steht bevor, und es werden überall
geschulte Kräfte gesucht
sein. Angehörige technischer Berufe und
Handwerker sollen nicht veräumen, ihre Kennt-
nisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzu-
passen, um teilzunehmen an dem wirtschaftlichen
Umschwung, der naturgemäß das Ergebnis des ge-
waltigen Ringens sein muß. Das beste Mittel,
rasch und gründlich ohne Lehrer, durch einfachen
Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in
technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die
technischen Selbstunterrichtswerke „System Kar-
neck-Hachfeld“. Ausführliche 95 Seiten starke
Broschüre kostenlos.
Ronnek & Hachfeld, Potsdam, Postfach 167.
Oberlandesgerichtsrat
außer. langjährige Rechtsberatung, Umwandlung sämtlicher
Güter, Ehe, Erbschaften, Verwaltungsverfahren, Grundbesitzungen.
Potsdamer Str. 114, Zimmer 2404, Direkter Fabrikat.

12 000
Strauf-
federn
zu verkaufen, ca. 1/2 Million
lang Stroh 1 M., 2 M., 3 M.,
5 M.; ca. 1/2 Million lang 3
10 M., 15 M., 20 M.
Muster gegen 25 Pf.
Hesse, Dresden
Scheffelstraße
Stellenangebot
Schneideseismach
nachkommen gestellt, mit
überragender Erfahrung, sucht
Bau- u. Schneideseismach
Potsdamstraße 75. 60

Für Spa!
Stamperl
Von Versailles zum Frieden.
Der Weg vom Scheln zum wirklichen Frieden.
M. 4,80
Bdlig. Vorwärts, Lindenstr. 2.

Schreibmaschinen!
erhältliche, leicht und verläßl.
Reparatur, prompt u. billig.
Telephon Norden 12495.
Lichtitz u. Lehtenberg,
Sungstraße 29.

Isolierten Kupferdraht,
Litzen und Wachsdrat,
kauft höchstzählend
Ingenieurbureau Schilling
Berlin W 9, Lichtstraße 10.
Tel.: Lötzw 3703 und 6518.

Möbel
Schlafzimmer!
lackiert, Eiche,
Nußbaum,
in großer Auswahl,
von M. 3750.- an.
Auf Wunsch
Zahlungserleichterung!

Stolzmann
Bulle Allianzstr. 100

Leiter und
Kontenwagen
auf Wunsch Teil-
zahlung, illust.
Prospekt grat.
Mira-Gesellschaft, Berlin S 42.

Warnung für die Hausfrauen!
Schokolade und Kakao dürfen nur verpackt mit Firma und Preisaufdruck verkauft werden. Wer dies mißachtet und lose Ware kauft, läuft Gefahr, verfälschte oder minderwertige Ware zu erhalten.
Verband Deutscher Schokoladefabrikanten e. v.

Wahl
nur die
Metallhandlung
Lothringers Str. 25
wo ihr trotz des enormen Preisaufschlages bis Mittwoch, 9. 6. für **Kupfer 8** Messing 4 bezahlt bekommt, auch f. Rotg., Blei, Zink, Zinn u. sämtl. Metall höchst Preis bei Beträgen ab 50 M. vergütet Fahrgeld
Firma genau achten
Hilfmetalle,
Gussst., Stahl, Aluminium, hochzähl. Metallschmelze, Preislisten 17, 18, 19, 20, 21, 22.

Selt über 1/2 Jahrhundert
Rauch-Kaffee
Kleiner Anker
Invalidenstraße 104
Kochhaus Brunnenstr. Nord 4336

Kupfer, Messing, Blei, Zink, Quecksilber
zahlt höchste Tagespreise
Prenzlauer Allee 29
Eing. Raabe Str. 17.

Ordt!
Das neue Preußen.
M. 0,90
Bdlig. Vorwärts, Lindenstr. 2.

Kernseife,
200 Gr. St. 9.-, Feinseife 100 Gr. St. 4,50. Seife-Produktions- u. Export-Gesellschaft, Berlin S 42.

Dr. Hahn & Co.,
Berlin, Dönhofsstr. 2.

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft
Botenfrauen ein in den Geschäftsstellen: 146/18*
Jerusalemstr. 5/6, Prinzenstr. 31, Bärwaldstr. 42, Lausitzer Platz 14/15, Steglitzer Str. 37, Petersburger Platz 4, Grefenlagener Str. 22, Ackerstraße 174, Watzstr. 9, Bastianstr. 7, Immanuelkirchstr. 24, Wilhelmshavener Str. 48. — Charlottenburg, Sosenheimer Str. 1, Kaiserdamm 191, Tauroggenger Str. 11. — Lichtenberg, Warenbergstraße 1. — Neukölln, Neckerstraße 2, Siegfriedstraße 25/29. — Wilmersdorf, Gastener Str. 12. —

Bezirksverband Groß-Berlin (S.P.D.)
Freitag, den 4. Juni, abends 7 Uhr:
Öffentliche Wählerversammlungen
Patenhofer Brauerei, Turm, Andreas-Festhalle, Andreasstr. 21.
Ede Stromstraße. Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72
Pharus-Säle, Rüdigerstr. 142. Blüthner-Saal, Bülowstr. 76.
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Aula, Schönflieher Str. 7.
Königsbau, Gr. Frankf. Str. 117. Aula, Schönhauser Allee 166a.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
„Reaktion oder Demokratie!“
Referenten:
Bohm-Schuch, Dittmer, Rich. Fischer, Groger, Heinig,
Heimann, Henschold, Hoppe, Rieberger, Ritter, Schlegel,
Rob. Schmidt.

Theater, Lichtspiele etc.
Opernhaus.
Licht. Kostümball.
Bajazzo.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Auser Abonnement.
Peer Gynt.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Deutsches Theater.
Max Pallenberg
schlich war ein Jüngling.
Anfang 7 Uhr.

Sammerspiele.
Lupu Pick, Valentin.
Anfang 7 Uhr.

Theater des Westens
Der Schrei n. d. Kind.
Werbezirk, Schwannke,
Potorkaja.

Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstr. 1.
Uhr: Der Leibgardist.
Abel, Dorsch, Junkermann,
Eberly.

Großes Schauspielhaus.
Julius Cäsar (2. Abt., 4. A.)
u. 7: Julius Cäsar (alt. Abt.)

Theater 1. d.
Finggrätzerstraße
Die große Katharina.
in dem Feuer spielen.

Komödienhaus
Täglich 4 Uhr
Reise in die Mädchenzeit.

Berliner Theater
4 Uhr: Der letzte Walzer

Deutsches Opernhaus
Tiefland.
Die Tribüne
Banbury.
Friedr. Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Zechen Rumprecht.
Der große Erfolg!
Kleines Theater.
Die Pfarrhauskomödie.
Komische Oper
Eine Ballnacht.
Opernhaus
Arnold Rick in
Zwangseinquartierung.
tropol-Theater.
Im weißen Rössl
Neues Central-Theater
Ein seltsamer Fall
Neues Opernhaus
Prinzessin Friedl.
Neues Volkstheater
Pension Schölller
Schauburg
Königsgraben, St. 121.
Leo Peukert in
Wenn der Vater m. d. Sohne...
schiller-Theater, Charl.
Die Rahensteherin.
Villa-Theater
mor auf Reisen
Nollendorfplatz
Nacht im Paradies.
er L. d. Alt. Jakobstr.
die verschwundene Pauline.
Wallner-Theater
Lustige Weiber v. Windsor
mit Maria Ivogün.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Kasernenluft.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Der Richter von Zalamea.
7 1/2 Uhr

Lessing-Theater.
Heute bis Montag 7 1/2 Uhr:
Die Marquise von Arcis.
(Leopoldine Konstantin, Erna Reigert, Straßmann-Witt, Conr. Veidt.)

Deutsches Künstler-Theater
Heute bis Montag 7 1/2 Uhr:
Die bessere Hälfte
mit Max Adalbert.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel
Gartenb. 7: Flucht um d. Erde

Bühne!
Die weltliche Schule.
M. 1,50
Bdlig. Vorwärts, Lindenstr. 2.

12000 Mark
Preisangebot für die Serie von
Rückers Bücherjahre
(Roman- und Stoffsammlung,
Jeder Band 85 Pf., m. Ausstattung
auf 1,20). Bedingungen für
den Besteller sind im Rückers
Bücherjahre bei und nach jeder
Buchausgabe oder von
Hermann Hillger Verlag
Berlin W 9, Tolentow zu beziehen.

METROPO
KASARETT
Schauburg, St. 121
Abendlich 7 Uhr:
2 Lorleys
Dr. Benno Wünsch
Ciselatus
Rosal Dehny
Martin Louwe
Annie Trautner
2 Kajanows
Nimi Brix Gust. Werner
in Coco u. Coca
Reeves u. Reeves
Am Flügel: E. Dentschel,
Kapelle Mund Neumanna.

Frauenstimmen
Preis M. 2,75
Aus dem Inhalt:
Wilhelmine Kühler: Unsere Frauen in der Nationalversammlung. — Marie Juchacz: Die Frau als Staatsbürgerin. — Johanna Reitzel: Sollen die Frauen eigene Wege gehen? — Clara Bohm-Schuch: Die Politik und die Frauen. — Antonia Prüft: Betrachtungen zur Weimarer Verfassung. — Elisabeth Röhl: Das uneheliche Kind in der Verfassung. — Wilhelmine Kühler: Die Errungenschaften der Republik. — Luise Schröder: Hilfe für Mutter und Kind. — Anna Bloss: Jugendfürsorge und Wohnungsfrage. — Johanna Reitzel: Die Frau und die Betriebsräte. — Minna Bollmann: Die Seeligen- und Heimsstättenfrage. — Frieda Löhrst: Zur Militärversorgung. — Gertrud Lohardt: Die Goldquellen des Reiches. — Elfriede Ryneck: Die Arbeit der parlamentarischen Ausschüsse. — Hedwig Kurt: Um Heim und Familie. — Clara Bohm-Schuch: Aufgaben der Erziehung. — Marie Juchacz: Der kommende Friede. — Minna Schilling: An meine Arbeitsschwester. — Elisabeth Röhl: Ehereform. — Marie Behnke: Die Frau als Mutter in der Politik. — Frieda Hauke: Die Frauen und der Friedensvertrag. — Elise HGB: Die Hausfrau in der Politik. — Helene Grünberg: Arbeiterinnenfragen. — Ernestine Lutz: Die Lage d. Blumenarbeiterinnen. — Anna Simon: Die Textilarbeiterin als Wählerin. — Minna Richter: Das Wirtschaftsleben und die Frauen. — Minna Schilling: Die Neuregelung des Hausarbeitergesetzes. — Antonia Prüft: Eine alte Geschichte. — Johanna Tesch: Rückblick und Ausblick.
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2

Jeder Eisenbahner liest!!
zur Förderung seiner beruflichen Kenntnisse die amtliche, von den höchsten Stellen im Eisenbahnwesen empfohlene Hochschulzeitung
Mitteilungen der Fach- und Freien Hochschulen für Eisenbahner.
Interessante Artikel. Lehrreiche Abhandlungen. Konkurrenzlose Fachzeitung.
Aus dem Inhalt: Demokratisierung im Eisenbahnwesen. — Die Entwicklung der Siemenswerke. — Neuerungen im Signalwesen. — Lokomotivkessel mit Ueberhitzer. — Wasserstandsanzeiger. — Elektrisches Schweißen in Eisenbahnwerkstätten. — Der Luftdruck, das Barometer. Die Verwendung von Flußeisernen Lokomotiv-Feuerbüchsen. — Gleichförmige Bewegung, Beharrungsgesetz, freier Fall, Kraft, Masse und Dichte.
Bezugspreis direkt vom Verlag unter Kreuzband 4 M. pro Vierteljahr, durch die Post 3 M. zuzügl. 30 Pf. Bestellg. Für Vereine billiger. — Probenummern kostenlos.
Anerkannt vorzügliches, wirkungsvolles Insertionsorgan.
Inserte in den „Mitteilungen“ haben nachweisbar den größten Erfolg; die Leserschaft setzt sich nachweisbar aus sämtlichen Eisenbahndirektionen, Ämtern, Verbänden und über 12000 Hörern der Fachhochschulen zusammen, die kaufkräftigste Klasse der Eisenbahner vergrößert einen solchen.
Von d. höchsten Eisenbahnstellen z. Insertion empfohlen.
Verlag A. Wesemann, Berlin SW 11/150, Königsgrätzer Straße 109.
Telephon: Kurfürst 4015. Drahtanschrift: Diweanvo.

Berliner Landpacht-Genossenschaft
E. G. m. b. H.
Freitag, den 15. Juni 1920,
abends 8 1/2 Uhr:
Generalversammlung
im Berliner Gesellschaftshaus, Engelauer 15, Saal I.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Befestigung der Bilanz und deren Genehmigung.
3. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrats.
4. Geschäftliches und eventuelle Anträge.
Der Rechnungsabschluss des Geschäftsjahres 1919 liegt zur Einsichtnahme den Genossen von heute ab in der Geschäftsstelle, Köpenicker Str. 30a, in den Stunden von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr aus.
Der Schriftführer:
J. Dietrich.
Der Vorstand:
W. Both, Fr. Witt.

Neuerscheinungen zur Wahl
Scheidemann: Einigkeit, nicht Selbstverleibung!
0,75 Mk.
Die Schuldigen an Deutschlands Elend
0,30 Mk.
Heinig: Die große Ansrede von der erdolchten Front
Abwehr der niederträchtigen Verleumdung 2,40 Mk.
Kottner: Die erdolchte Front
Eine grimmig-witzige Anklage gegen die wahren Meuchler der Front. 2,50 Mk.
Krüger: Diktator oder Volksherrschaft
Der Kapp-Putsch und seine Lehren 1,90 Mk.
Osterroth: Wir u. die U.S.P.
Eine häusliche Auseinandersetzung über das, was uns trennt. 0,75 Mk.
Frauenstimmen zu den Zeitfragen 2,75 Mk.
Der Sündenpiegel.
Illustrierte, humoristisch-satirische Wahlzeitung 0,50 Mk.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Sollman
2 Uraufführungen 2
Drei Dolche im Stein.
Spann. Detektivdrama in 4 Akten.
Hauptrollen:
Gerda Frey
Dr. Ed. Rothauer.
Das Strumpfband der Mad. Pompadour.
Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Vera Bernard.

Apollo
Theater
Direkt. James Klein.
Verlängertes
Natura-Ballett
Historisch-phantastisch.
Ballett
2 Hartwells
Phänom. Loistat
Variété-Gaudepiel
Franz Gross
v. Theat. d. Westens
Smaragda
Universal-Dressuren
van d. Felden
Zigeunerleben
Harry & Jack
die Urkomischen
2 Franzis
Salon-Akrobaten
u. weiterer Sensationen.

Reichshall-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Steff. Sänger.
Variété
Dobrot-Drettel.
Garten u. Saal.
Schauburg, St. 121.

Theater a. Kotthaus Tor
Tel. Moritzplatz 1454.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger.
Horn, Ruschli,
R. Schrader, Riess,
Schubert usw.
Bühnen-Konzert.
Vorvk. 11-14, 4-6 U.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!
Sommer-Gr-Berlin
Theater vorm. Kleins, Hasenheide.
Tägl. 7 1/2 Op. Sprechzuber
Sonab. nachm. 7 1/2 Uhr
Märchen (zu kl. Preisen).
Hänsel und Gretel.
Sonab. abend 7 1/2 (Prem.)
Prinzessin v. Nil. — vorher
ab 5: Konzert, bun. Progr.

BTL
Potsdamer Str. 38
Turmstr. 12
Das rote Plakat
Kriminalfall in 6 Akten
Mittelunterstützung und
Mitwirkung der
Berliner Kriminalpolizei.
Alexanderplatz-Pass.
Der große Film
Menschen
von Martin Berger.
Admirals-Palast
7 1/2 U.: Filz in St. Moritz.

Ein grauer Kopf
macht 10 Jahre älter! Ergrate Haare erhalten sich fort über frühere Jahre
echt naturgemäß zuweil d. mein ganzes Leben d. Alcegar in allen Farb. erhält. Fl. M. 8.-, 12.-, 15.-
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

LUNAPARK
Halensee
Einlaß
ab 11 Uhr. Attraktionen ab
3 Uhr. Konzert ab 4 Uhr
HEUTE
Groß-Doppel-Konzert
37 Attraktionen
BORGEN
Sonabend, 5. Juni, mit Groß-Feuerwerk und Doppelkonzert
Sonntag, 6. Juni:
Höhen- und Wasserverwerk
und
Doppel-Konzert

Giftfreie naturgemäße Behandlung
von Haut-, Nara- und Unterleibaleiden,
ohne Berührung. Aufklärende, belehrende
Broschüre für 1 Mk. postfrei in verschlossenem
Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Daumann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.

Ausstellung „Der Film“
im „Clou“ — Eröffnung Sonnabend, den 12. Juni. 14812

Steinkopf!
Was muß der Beamte
von der Besoldungs-
reform wissen?
M. 2,40
Bdlig. Vorwärts,
Lindenstr. 2.

Russel Haarfarbe
seit 23 Jahren
anerkannt beste
Haarfarbe
braut ein natürlich blond,
braut schwarz u. R. 18. Preislos!
J.F. Schwarzlose Söhne
Berlin,
Mariehofen Str. 26.
Inhalt 100 Gramm

Nur
L. Etage
Ankauf
Edelstein,
Juwelen
zu höchst. Tagespreis
Berliner Edelstein-
Gesellschaft m. b. H.
Friedrichstr. 168
zwischen Behren- u.
Französische Str.
Nur
L. Etage
Nebenwochen II
bis 1000 Pf. mehr, zahle, ohne
Bezahlung, 200 a. briefl. Unter.
S. Wehrle & Co., G. m. b. H.
Berlin-Dönhofsstr., Telefon 220.

Regels:
Kommunismus.
M. 1,50
Bdlig. Vorwärts,
Lindenstr. 2.

Planos, Flügel, Harmonika, Orgel, Saiteninstrumente, Musikinstrumente, für jedes Harmonium geeignet, Piano-Magazin
A. Lehmann & Co.,
Jah.: Gantenberg,
Ceipziger Str. 115-116,
Gr. Frankfurter Str. 108.

Achtung! Gartile.
Is. Milch-Zentrifuge.
Fordert Preisliste Nr. zwei.
Schreib- u. Backschreibgerät I.
Hand-Kraft u. Pferde-Antrieb.
Fordert Preisliste Nr. drei.
Rechen- u. m. großes Lager.
Gansow, Kastanienallee 39,
Berlin, H. Stockwerk.

Lohmann
Die Arbeit im Eltern-
beirat.
M. 1,50
Bdlig. Vorwärts,
Lindenstr. 2.